



Suchergebnisse: Freistaat

20. März 1848 – „Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“

München * König Ludwig I. stellt in einer Proklamation an das bayerische Volk die zentralen Momente seiner Herrschaft - aus seiner Sicht - dar: „Treu der Verfassung regierte Ich; dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht; - als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit dem Staatsgeldern um. [...] Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend Mein Herz für Bayern, für Teutschland.“ Den liberalen Forderungen der Märzrevolution kann und will der Autokrat Ludwig I. nicht entsprechen. „Regieren konnte ich nicht mehr und einen Unterschreiber abgeben wollte Ich nicht. Nicht Sklave zu werden, wurde Ich Freyherr“.

Februar 1909 – Lion Feuchtwanger und der Phoebus-Skandal

München-Maxvorstadt * Lion Feuchtwanger organisiert als Vorsitzender der Phoebus-Gruppe zum Ausklang der Faschingssaison im Löwenbräukeller einen aufwändigen Ball. Weil sich der Sponsor der Veranstaltung als Betrüger herausstellt, kommt es zum Eklat. Handwerker und Arbeiter reißen noch während des Faschingballs die Dekoration herunter und fordern ihre Löhne und die unbezahlten Rechnungen ein. Feuchtwanger und seine Mitstreiter holen ein Großaufgebot der Polizei, was alles nur noch schlimmer macht. Denn jetzt verlassen die Gäste den Löwenbräukeller und fordern ihr Eintrittsgeld zurück. Der Phoebus-Skandal ist geboren. Kurt Eisner, der spätere Revolutionär und Ministerpräsident des Freistaates Bayern ist zu diesem Zeitpunkt Redakteur der SPD-Zeitung Münchener Post, bezeichnet den Phoebus-Vorstand als „Margarine-Barönchen“. Sein Ball hätte so viel „mit Apollon zu tun, wie Herr Lion Feuchtwanger mit der Literatur oder sein Vater mit der Naturbutter“.

7. November 1918 – Räte besetzen die Druckerei der Münchner Neuesten Nachrichten

München * Um 23 Uhr besetzen die Räte die Druckerei der Münchner Neuesten Nachrichten. Dadurch kann am nächsten Morgen die Proklamation Kurt Eisners in die Öffentlichkeit getragen werden.

7. November 1918 – Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt - die bayerische Republik gegründet



München-Kreuzviertel * Gegen 22:30 Uhr steht Kurt Eisner am Präsidentenpodium und erklärt im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats die Dynastie Wittelsbach für abgesetzt und die bayerische Republik für gegründet. Er fährt fort: „Jetzt müssen wir zur Bildung einer Regierung fortschreiten. [...] Der, der in diesem Augenblick zu Ihnen spricht, setzt Ihr Einverständnis voraus, dass er als provisorischer Ministerpräsident fungiert.“ Der anschließend einsetzende begeisterte Applaus bestätigt ihm die Annahme. Kurt Eisner ist damit bayerischer Ministerpräsident.

8. November 1918 – Ein Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlichen Ministerpräsident Kurt Eisner und der Bauernführer Ludwig Gandorfer einen Aufruf An die ländliche Bevölkerung Bayerns, in dem sie die Notwendigkeit der Revolution darstellen und die Friedensbemühungen der Regierung Eisner schildern. „Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat betrachtet es als die erste und größte Aufgabe, dem Volke den heiß ersehnten Frieden zu bringen und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Verbindung getreten.“ Zugleich verspricht man den militärischen Schutz der Grenzen Bayerns und eine geordnete Demobilisierung, „damit Zustände wie in Österreich und Tirol, wo heimkehrende Soldaten plündern und Kulturwerke zerstören, unmöglich werden!“ Daneben werden sie zu reger Lebensmittelablieferung für die Städte aufgefordert.

8. November 1918 – 85 Verordnungen in 105 Tagen

München - Freistaat Bayern * Die Regierung Eisner wird in der ersten Phase nach dem Umsturz, das ist der Zeitraum vom 8. November 1918 bis zur Ermordung Kurt Eisners am 21. Februar 1919, insgesamt 85 Verordnungen, Bekanntmachungen, Entschließungen, Ministerialbekanntmachungen, Ministerialentschließungen und Ausführungsbestimmungen erlassen. Darunter befinden sich Verordnungen, die mit dem Zusatz „mit Gesetzeskraft“ versehen sind. Zum Beispiel: die Verordnung betreffend die Bayerische Notenbank vom 20. November oder die Verordnung betreffend Beaufsichtigung und Leitung der Volksschulen vom 16. Dezember 1918.

8. November 1918 – Kurt Eisner und die Aufgabe der Arbeiterräte

München-Kreuzviertel * In der Eröffnungsrede in der ersten öffentlichen Sitzung des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern erklärt Ministerpräsident Kurt Eisner: „Die



Arbeiterräte sollen die Parlamente der körperlichen und geistigen Arbeiter sein, und, wenn man demgegenüber erklärt, dass die Nationalversammlung, der Landtag diese Arbeiterräte entbehrlich machen werde, so behaupte ich: Umgekehrt. Denn wenn die Nationalversammlung nicht wieder ausmünden soll in jenen leeren, hohlen Parlamentarismus, dann muss die lebendige Kraft der Arbeiterräte sich entfalten. Sie sind gleichsam die Organisation der Wähler. Diese Wähler [...] sollen nicht ihren Parlamentariern überlassen, was Kluges oder Törichtes zu tun sie für gut befinden.“

8. November 1918 – Für die Niederschlagung der Revolution ist es zu spät

München * Gegen Mittag ruft Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich die den Ministerpräsidenten Otto von Dandl und den Kultusminister Dr. Eugen Ritter von Knilling sowie den bayerischen MSPD-Vorsitzenden Erhard Auer zu sich. Bei der Besprechung setzt Auer die Herren von den bevorstehenden Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung für den Freien Volksstaat Bayern, die vermutlich zum Ziele führen werden. Für die Niederschlagung der Revolution durch die derzeitige Regierung ist es zu spät.

8. November 1918 – Auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung rechnend

München - Freistaat Bayern * In dem von Kurt Eisner verfassten „Aufruf an die Bevölkerung Münchens“ heißt es: Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

8. November 1918 – Eine verspätete aber richtige Nachricht

München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Staatszeitung bringt auf der ersten Seite noch des Aufruf des inzwischen abgesetzten Innenministers Dr. Friedrich Ritter von von Brettreich vom 6. November. Darin heißt es: „[...] Die Bevölkerung darf überzeugt sein, dass sie gegen jegliche Willkür und Gewalttätigkeit den ausreichenden Schutz finden wird, den das ganze Volk von seiner Regierung erwartet.“

8. November 1918 – In Bayern hat sich ein Wechsel vollzogen



München - Freistaat Bayern * Der Bayerische Kurier charakterisiert den Umschwung treffend mit dem Satz: „Über Nacht, wenn auch für viele - ausgenommen vielleicht die frühere Regierung - nicht unerwartet, hat sich in Bayern ein Wechsel vollzogen, der die kühnsten Hoffnungen wohl sogar seiner Urheber übersteigt.“

8. November 1918 – Erste Erfolge bei der Beamtenschaft

München - Freistaat Bayern * Die Gespräche und ersten Kontakte Kurt Eisners mit den Vertretern der organisierten Beamtenschaft und die Aufforderung zur Mitarbeit zeigen Erfolge. Der Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals richtete an das gesamte Verkehrspersonal einen Aufruf, in dem es aufgefordert wird, „den für die gesamte Volkswirtschaft, insbesondere für die Lebensmittelversorgung, wichtigen Verkehrsdienst nach wie vor gewissenhaft auszuführen.“

8. November 1918 – Erste Sitzung der Revolutionäre im Landtagsgebäude

München-Kreuzviertel * Kurz nach Mitternacht hält der neu gebildete Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat im Sitzungssaal der Abgeordnetenversammlung im Landtagsgebäude an der Prannerstraße - unter der Leitung Kurt Eisners - seine erste Sitzung ab. Kurt Eisner proklamiert die demokratische und soziale Republik Bayern, den Freistaat Bayern. Die Monarchie ist damit gestürzt, die Republik geboren. In seiner Rede bemerkt Eisner: „Die bayerische Revolution hat gesiegt. Sie hat den alten Plunder der Wittelsbacher Könige hinweggefegt.“ „Bayern ist fortan ein Freistaat“ lautet der dritte Satz eines Aufrufs, der am Morgen des 8. November 1918 auf der ersten Seite der Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlicht wird. Mit dem Begriff Freistaat nimmt Kurt Eisner eine Definition auf, die schon 150 Jahre zuvor für Republik gebraucht wurde. Mit dieser Wortwahl will er aber nicht nur den Unterschied zur Monarchie, sondern auch die Eigenständigkeit Bayerns innerhalb eines deutschen Staatenbundes, der „Vereinigten Staaten von Deutschland“, herausstellen. „Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern“ hat diesen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens“ gerichtet. Noch deutlicher ist ein knallrotes Plakat, das bereits in den Straßen Münchens hängt. Ihm können die interessierten Bürger entnehmen: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!“

8. November 1918 – Kurt Eisner kürzt als erstes sein hohes Gehalt

München-Kreuzviertel * Der Unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner, der das Amt des



Ministerpräsidenten der Republik Bayern übernommen hat, wird er dieses Amt 105 Tage ausüben. In seiner ersten Amtshandlung kürzt der neu ernannte Bayerische Ministerpräsident sein „hohes“ Gehalt.

8. November 1918 – Frauenwahlrecht als Bestandteil eines demokratischen Beginns

München - Hamburg * Nachdem Kurt Eisner in München den Freistaat Bayern ausgerufen und das Frauenstimmrecht als Bestandteil eines demokratischen Beginns nannte, schreibt Anita Augsburg ihrer sich in Hamburg aufhaltenden Lebensgefährtin Lida Gustava Heymann: „Nun begann ein neues Leben! Zurückdenkend erscheinen die folgenden Monate wie ein schöner Traum, so wunderbar herrlich waren sie. [...] Endlich konnten Frauen aus dem vollen Schaffen. Frauenmitarbeit war auf allen politischen und sozialen Gebieten erwünscht.“

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und



politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

9. November 1918 – Amtsübergabe an die neuen Minister

München - Freistaat Bayern * Die alten monarchischen Minister weisen die Neuen in ihre Ämter ein. Anschließend erklären sich die Ministerialbeamten zur Weiterarbeit mit den neuen Ministern bereit.

9. November 1918 – Die Vereinigten Verkehrsverbände laden zur Versammlung ein

München - Freistaat Bayern * Der Ausschuss der Vereinigten Verkehrsverbände ruft per Kreistelegramm und in Zeitungsannoncen seine Mitglieder zu einer Massenveranstaltung in den Münchner Bavariakeller an der Theresienwiese ein. Die Einladung beginnt mit den Worten: „Die Stunde der Erlösung aus tiefster wirtschaftlicher Not ist auch für Euch angebrochen. Jetzt oder nie gilt es, Euch im Rahmen der jetzigen Regierungsgewalt die politische und soziale Machtstellung zu erkämpfen, auf die Ihr auf Grund Eurer Massen und Eurer für das deutsche Wirtschaftsleben ausschlaggebenden wichtigen Berufsarbeit Anspruch habt“.

10. November 1918 – Keinerlei Verfügungen haben mehr Rechtskraft

München - Freistaat Bayern * Die provisorische Regierung verkündet, dass die „Vollzugsgewalt durch die Beschlüsse der provisorischen Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in die Hände des Ministeriums des bayerischen Volksstaats übergegangen“ ist. „Keinerlei Verfügungen haben mehr Rechtskraft, die nicht vom Ministerium“ ausgehen.



10. November 1918 – Die Beamtenorganisationen fordern das Recht auf Mitbestimmung

München - Freistaat Bayern * Die Beamtenorganisationen dringen unmittelbar nach der Revolution darauf, ihre schon lange vertretene Forderung nach Mitbestimmung der Beamtenschaft zu verwirklichen. Vom neuen Volksstaat, der allen seinen Bürgern das „Recht auf Mitwirkung“ zugestehen will, erwartet man wie selbstverständlich, dass auch den Beamten ein weitgehendes „Recht auf Mitbestimmung“ zugestanden wird.

11. November 1918 – Gründung von weiteren Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten

Freistaat Bayern * Die Münchener Post meldet die friedliche Bildung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten in Ingolstadt, Regensburg, Straubing, Augsburg, Kaufbeuren, Lindau, Bamberg, Landshut, Nürnberg und Würzburg.

12. November 1918 – Auflösung des Zentrums und Gründung der Bayerischen Volkspartei

Regensburg - Freistaat Bayern * Die Mitglieder des Zentrums lösen ihre Partei auf. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt gekommen, in dem man guten Gewissens alte Positionen aufgeben kann. Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer, Politiker des konservativen und katholischen Lagers, gründen in Regensburg die Bayerische Volkspartei - BVP und erklären: „Fürs erste weht über Deutschland und Bayern die rote Fahne, das musste wohl so kommen und so Gott will, wird es unserem engeren und weiteren Vaterlande am Ende doch zum Guten reichen.“

12. November 1918 – Die königlichen Titel sind abgeschafft

München - Freistaat Bayern * In den Zeitungen ist nicht mehr die Rede von König und Kronprinz. Die ehemaligen Regenten heißen nunmehr Ludwig Wittelsbach und Rupprecht Wittelsbach.

13. November 1918 – Eine organisatorische Anordnung für die Soldatenräte

München - Freistaat Bayern * Eine Anordnung, unterzeichnet von Ministerpräsident Kurt Eisner, dem Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und dem Vorsitzenden des Vollzugsausschusses, Fritz Sauber, für die Soldatenräte in ganz Bayern bestimmt, dass neben den Kasernenräten auch Lazareträte als Vertretungen der Verwundeten zu wählen sind, dass



Vertrauensmänner auf Divisionsebene gewählt werden sollen. (Sie werden später Garnisionsräte genannt.), dass die Gesamtheit der Soldatenräte ihre Zusammenfassung in einem Vollzugsausschuss findet, dass der Vollzugsausschuss seinerseits zwei Bevollmächtigte abordnen soll, die mit dem Minister für militärische Angelegenheiten „in innigster Fühlung zusammenarbeiten“ werden.

13. November 1918 – Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont wird für abgesetzt erklärt

Arolsen * Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont wird durch eigens aus Kassel angereiste Vertreter des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats für abgesetzt erklärt. Das Fürstentum wird dadurch ein Freistaat.

14. November 1918 – Die Regierung entgegnet Gerüchten

München - Freistaat Bayern * In einem Plakat wird von der bayerischen Regierung Gerüchten entgegengetreten, wonach Bank- und Sparkassenkonten beschlagnahmt werden sollten. Auch die Gehaltsansprüche der im öffentlichen Dienst beschäftigten und die Pensionen der Beamten bleiben unberührt.

14. November 1918 – Wie passen Beamtentum und Volksstaat zusammen ?

München - Freistaat Bayern * Der vom Ministerialrat im Staatsministerium des Innern, Dr. Franz Xaver Schwyer, verfasste Leitartikel der Bayerischen Staatszeitung beschäftigt sich mit der Frage „Beamtentum und Volksstaat“. Dr. Schwyer schreibt: „Während der einfache Staatsbürger seine Stellung zu der neuen Regierung sich einstweilen vorbehalten und die Entwicklung der Dinge abwarten kann, war der Beamte, vor allem der Staatsbeamte, in die bittere Notwendigkeit versetzt, binnen weniger Stunden sich zu entscheiden, ob er der neuen Regierung seine Arbeitskräfte zur Verfügung stellen und seine Amtsgeschäfte fortführen kann und darf oder ob er, ohne Rücksicht auf weitgehende wirtschaftliche Folgen für sich und seine Familie seine Tätigkeit einstellen soll.“

14. November 1918 – Kurt Eisner lädt Gustav Landauer zur Mitarbeit ein

München - Krumbach * Eine Woche nach Ausrufung des Freistaats Bayern, schreibt



Ministerpräsident Kurt Eisner an Gustav Landauer in Krumbach: „Kommen Sie, sobald es Ihre Zeit erlaubt. Was ich von Ihnen möchte, dass Sie durch rednerische Betätigung an der Umbildung der Seelen mitwirken.“

14. November 1918 – Errichtung eines Ministeriums für soziale Fürsorge

München-Kreuzviertel * Die Regierung des Freistaats Bayern gibt die Errichtung eines Ministeriums für soziale Fürsorge und die Ausgabe eines staatlich genehmigten Notgeldes bekannt.

14. November 1918 – Der Thronverzicht von König Ludwig III. wird veröffentlicht

München - Freistaat Bayern * Der Ministerrat des Freistaats Bayern veröffentlicht die Rücktrittserklärung von König Ludwig III.. Alle Regierungsmitglieder mussten zuvor den Rücktritt durch ihre Unterschrift quittieren. In der Veröffentlichung heißt es: Der Ministerrat nimmt „den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis“. Und weiter: „Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.“

15. November 1918 – Die formale Übernahme der bisherigen königliche Rechte

München - Freistaat Bayern * Die provisorische Regierung schafft die Rechtsgrundlage für die formale Übernahme der bisherigen königliche Rechte. Sie erlässt eine Verordnung, nach der die „bisher durch Verfassung, Gesetze und Verordnungen dem König persönlich vorbehaltenen Entscheidungen und Verfügungen [...] von den Ministern innerhalb ihrer Geschäftsbereiche erlassen“ werden.

15. November 1918 – Innenminister Auer: Kein Handlungsspielraum für die Räte

München - Freistaat Bayern * Innenminister Erhard Auer informiert die nachgeordneten Regierungsstellen und Behörden auch über die Zusammenarbeit mit den Räten. Er empfiehlt „dringend, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, die sich allerorten gebildet haben, [...] tunlichst zu benutzen, einerseits, um dadurch das etwa mangelnde Personal so weit notwendig



zu ersetzen, andererseits aber auch diese Räte zu beschäftigen und dadurch das Verantwortungsgefühl in der Bevölkerung wieder zu wecken“. Auer macht aber auch deutlich aufmerksam, dass die Räte den Behörden untergeordnet sein sollen. „Ein eigenständiger Handlungsraum soll ihnen nicht zugestanden werden“.

15. November 1918 – Die Einführung von Angestelltenräten gefordert

München - Freistaat Bayern * Die Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals und der Bayerische Beamten- und Lehrerbund fordern von der Regierung, dass bei allen Ministerien Angestelltenbeiräte errichtet werden.

18. November 1918 – Aufruf zum Inneren Widerstand gegen die neue Staatsform

München-Kreuzviertel * Michael von Faulhaber schreibt an den bayerischen Episkopat, womit die Gesamtheit der bayerischen Bischöfe gemeint ist, die Anregung für einen gemeinsamen Hirtenbrief. In dem Schreiben gibt er zu bedenken, „daß ein gemeinsames Hirtenschreiben in dieser Stunde unserem Volk die Dankesschuld gegen das Haus Wittelsbach und König Ludwig III. in offener Sprache ohne Entschuldigung bei der neuen Regierung kundgeben [...] müßte. [...] Der gestrige Thronverzicht war ein unverantwortlicher Mißgriff der alten Regierung.“ Ohne dies klar zu äußern, fordert der Münchner Bischof seinen Klerus zum Inneren Widerstand gegen die neue Staatsform auf. Und als ihm immer klarer wird, dass er mit seinen Überzeugungen nicht die allgemeine Meinung vertritt, verlegt er sich zum offenen Kampf mit der Regierung des Freistaats Bayern, ohne seine eigenen ultrakonservativen Anschauungen infrage zu stellen.

19. November 1918 – Angestelltenräte in den Ministerien einrichten

München - Freistaat Bayern * Die Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals fordern ihre angeschlossenen Organisationen dazu auf, bei den einzelnen Ministerien sofort Angestelltenräte zu errichten und legen dafür Richtlinien vor.

20. November 1918 – Alles über die Revolution sammeln

München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Staatszeitung appelliert in einem Aufruf an alle Bürger, alles über die Revolution zu sammeln und in einem extra für diesen Zweck hergerichteten



Zimmer des Landtagsgebäudes für kommende Generationen aufzubewahren.

26. November 1918 – Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte

München - Freistaat Bayern * Der Ministerrat beschließt - in Abwesenheit von Kurt Eisner - nach Abstimmung mit den Vollzugsausschüssen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte die Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte. Die Richtlinien stellen einen Kompromiss der gegensätzlichen Vorstellungen des bayerischen Ministerpräsidenten vom 20. November und seines Innenministers Erhard Auer vom 18. November dar. Das bedeutet jedoch, dass wesentliche Elemente aus beiden Entwürfen ebenso unberücksichtigt bleiben müssen, wie der Entwurf des Revolutionären Arbeiterrats vom 19. November 1918. Die Räte erhalten zwar die von Eisner vorgeschlagene Stellung im Staat, doch werden sie nur mit den Kompetenzen ausgestattet, die ihnen Auer zugestehen will. Die Räte bilden demnach „bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems“, dennoch bleibt ihnen im Verhältnis zu den Behörden nur das Recht auf Auskunft und Gehör. Ein Kontrollrecht wird ihnen ebenso wenig zugestanden wie die Vollzugsgewalt. Damit haben sich Innenminister Erhard Auer und die Mehrheitssozialdemokraten mit ihren Vorstellungen im Wesentlichen durchgesetzt. Die Richtlinie für die Bauernräte bleibt die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Bauernräte, bis der Landtag am 21. Mai 1920 das Gesetz über die Aufhebung der Arbeiterräte beschließt.

1. Dezember 1918 – Die französische Besatzungsarmee marschiert in der Pfalz ein

Freistaat Bayern-Pfalz * Gemäß dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 marschiert die französische Armee in die zum Freistaat Bayern gehörende Pfalz ein.

5. Dezember 1918 – Der Wahlkampf in Bayern und im Reich beginnt

München - Freistaat Bayern - Deutsches Reich * Der Wahlkampf beginnt. Er wird mit der Wahl der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 enden. Diese Wahl findet eine Woche nach den Wahlen zum Bayerischen Landtag statt. Als die beiden stärksten Parteien werden in Bayern die Mehrheitssozialdemokraten - MSPD und die Bayerische Volkspartei - BVP eingeschätzt. Es ist nur die Frage, wie sich die Mehrheiten verteilen werden. Die USPD hat - trotz einer verbindlichen Absprache mit dem Bayerischen Bauernbund - BBB - keine Erfolgsaussichten. Sie hofft auf einen so großen Stimmenzuwachs, dass sie für eine



Regierungskoalition unentbehrlich sein würde. Der Spartakusbund, der sich nach dem 31. Dezember 1918 Kommunistische Partei Deutschlands - KPD nennen wird, weigert sich, an der Wahl teilzunehmen.

7. Dezember 1918 – Wahlrecht für die weiblichen Staatsangehörigen Bayerns eingeführt

München - Freistaat Bayern * Das Wahlrecht für die weiblichen Staatsangehörigen Bayerns wird eingeführt.

7. Dezember 1918 – Ministerpräsident Eisner erklärt Auers Rücktritt für nichtig

München * Der MSPD-Innenminister Erhard Auer wird kurz nach Mitternacht von ungefähr 300 Demonstranten in seiner Wohnung „überfallen“. Sie holen ihn aus dem Bett und erzwingen von ihm mit vorgehaltenem Gewehr seinen Rücktritt. Erhard Auer äußert sich daraufhin: „Der Gewalt weichend erkläre ich [...], dass ich das Amt des Ministers des Inneren niederlege.“ In der Zwischenzeit ist Ministerpräsident Kurt Eisner in Auers Wohnung geeilt. In seinem ehrlichen Bemühen, Gesetz und Ordnung des Freistaats aufrecht zu erhalten, weist er die Demonstranten auf das Falschsein ihrer Gewalthandlungen hin und wird dafür begeistert gefeiert. Er entgegnet den Angreifern: Ihr Handeln sei „sicherlich gut gemeint und [...] sicherlich aus Liebe zu mir geschehen, aber es war nicht gut“. Eisner und Auer sind sich einig, dass das Rücktrittsgesuch öffentlich widerrufen werden soll. Ministerpräsident Kurt Eisner nimmt Auers Rücktritt nicht an und erklärt die „erpresste Erklärung“ für nichtig. Gegen vier Uhr früh ist die Angelegenheit erledigt und die Ruhe in der Stadt wieder eingekehrt.

21. Dezember 1918 – Die Schulaufsicht durch Geistliche wird abgeschafft

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Die Schulaufsicht durch Geistliche, die es bis dahin - außer in den Städten - in Bayern gibt, wird abgeschafft. An die Stelle der Pfarrer treten weltliche Fachleute, in der Regel Lehrer.

1. Januar 1919 – Die Geistliche Schulaufsicht ist im Freistaat Bayern abgeschafft

München * Die „Verordnung, betreffend Beaufsichtigung der Volksschule“ tritt in Kraft. Darin wird die geistliche Schulaufsicht abgeschafft.



4. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen

München-Kreuzviertel - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz der Republik Bayern wird beschlossen. Es bildet die Grundlage der Landtagswahlen am 12. Januar 1919. In der Präambel zur Republik heißt es: „In der Stunde höchster Not aber, raffte sich dieses ohnmächtige Volk auf, zertrat in gewaltiger revolutionärer Erhebung das schuldige System der Vergangenheit und riß die Macht an sich. Das politisch ohnmächtige Volk wurde durch die Revolution das freieste“. Der Freistaat Bayern wird von einem Einkammersystem und einem Kabinett gemeinsam regiert. Dem Kabinett steht die oberste vollziehende Gewalt zu. Ihm bleibt außerdem das Recht vorbehalten, innerhalb von vier Wochen eine Volksabstimmung über jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz zu verlangen. Im Artikel 7 des Staatsgrundgesetzes heißt es dazu: „Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.“ Im Staatsgrundgesetz wird auch festgelegt, dass das Unterrichtswesen in Bayern ab sofort eine staatliche Angelegenheit ist. Der Religionsunterricht ist damit nicht mehr eine allein den Glaubensgemeinschaften obliegende Angelegenheit, die Abschaffung der Adelstitel, die Einführung des Frauenwahlrechts. Dass die Räte im Vorläufigen Staatsgrundgesetz mit keinem Wort erwähnt werden, ist den Liberalen und dem rechten Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken. Der Artikel 17 bestimmt: „Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muss, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt aus.“ Dadurch kann die Eisner-Regierung auf legaler Grundlage die Herrschaft über Bayern auch noch nach der Wahl am 2. Februar 1919 in der Rheinpfalz ausüben.

7. Januar 1919 – Das Vorläufige Staatsgrundgesetz für Bayern veröffentlicht

München - Freistaat Bayern * Das Vorläufige Staatsgrundgesetz für den Freistaat Bayern vom 4. Januar wird veröffentlicht. Es handelt sich dabei um eine oktroyierte [= aufgezwungene] Verfassung, die die elementaren Grundsätze der künftigen bayerischen Verfassung verbindlich festlegt.

12. Januar 1919 – Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl von 1919

Freistaat Bayern ohne Pfalz * Im Freistaat Bayern findet in sieben der acht Regierungsbezirke die erste demokratische Wahl zum Bayerischen Landtag statt. Lediglich in der Pfalz kann erst drei Wochen später, am 2. Februar, gewählt werden, weil die Wahlvorbereitungen von der



französischen Besatzungsmacht behindert worden sind. Das ist der Hauptgrund, weshalb der Termin für die konstituierende Sitzung im Bayerischen Landtag erst knapp sechs Wochen nach der Wahl im Kerngebiet festgesetzt wird. Bei den ersten freien, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen in Bayern sind erstmals auch Frauen wahlberechtigt. Frauen machen 54 Prozent der Wahlberechtigten aus. Anita Augspurg kandidiert auf der Liste der USPD, ohne der Partei anzugehören. Bei den Landtagswahlen in Bayern erhält die Bayerische Volkspartei - BVP 66 Sitze, die SPD 61 Mandate, die Deutsche Demokratische Partei - DDP 25 Abgeordnetenplätze, der Bayerische Bauernbund - BBB 16 Mandate, die rechtsliberale Mittelpartei erringt 9 Abgeordnetensitze. Die USPD erreicht in den 12 Münchner Landtagswahlkreisen immerhin noch 5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Landesweit sind es lediglich 2,5 Prozent. Damit sind sie mit 3 Mandaten im ersten Landtag des Freistaats Bayern vertreten. Bei der Wahl zur bayerischen Nationalversammlung haben dreizehn Parteien Kandidatenlisten aufgestellt. Die KPD hat sich nicht an den Wahlen beteiligt.

28. Januar 1919 – Die bayerischen Bischöfe drohen mit Exkommunikation

Freistaat Bayern * Die bayerischen Bischöfe veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, in der die Erklärung des Religionsunterrichts zum Wahlfach als neue kulturkämpferische Gewalttat bezeichnet wird. Die Maßnahme werde „Familienstreitigkeiten, endlose Beunruhigung unseres Volkes und zunehmende sittliche Verwilderung der Jugend“ zur Folge haben. Eltern, die ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden, droht die Exkommunikation und der Ausschluss vom kirchlichen Begräbnis.

2. Februar 1919 – Ein Hirtenbrief wird von Bayerns Kanzeln verlesen

München - Freistaat Bayern * Der am 29. Januar versandte Hirtenbrief wird von allen bayerischen - und damit auch pfälzischen - Kanzeln verlesen. Darin wird die Verordnung des Kultusministers Johannes Hoffmann, wonach „der Religionsunterricht in allen bayerischen Schulen als Pflichtfach abgesetzt und als Wahlfach der Willkür der Eltern und Vormünder ausgeliefert“ in einer sehr propagandistisch-verletzenden Art angeprangert.

2. Februar 1919 – Die bayerische Landtagswahl in der Pfalz

Freistaat Bayern-Pfalz * In der zum Freistaat Bayern gehörenden Pfalz wird erst drei Wochen



später wie im Kernland gewählt, da die Wahlvorbereitungen von der französischen Besatzungsmacht in Regierungsbezirk Pfalz behindert worden sind. Das ist auch der Grund, weshalb der Termin für die konstituierende Sitzung im Bayerischen Landtag erst auf den 21. Februar festgesetzt wird.

19. Februar 1919 – Erste Pläne für eine U-Bahn-Linie

München * Zwei Tage vor der Ermordung des Freistaat-Bayern-Gründers Kurt Eisner, legt ein Dr. Helmreich im Namen der Berliner Siemenswerke der Münchner Öffentlichkeit den Plan einer Nord-Süd- und einer Ost-West-U-Bahnlinie vor. Doch es ist noch zu früh. Der Plan wird erst im Jahr 1937 wieder aufgegriffen.

20. Februar 1919 – Eine arbeitsreiche Regierungszeit

München - Freistaat Bayern * Die Regierung Eisner hat vom 8. November 1918 bis zum Tag der Ermordung Kurt Eisners insgesamt 85 Verordnungen, Bekanntmachungen, Entschließungen, Ministerialbekanntmachungen, Ministerialentschließungen und Ausführungsbestimmungen erlassen. Darunter befinden sich Verordnungen, die mit dem Zusatz „mit Gesetzeskraft“ versehen sind. Zum Beispiel: die Verordnung betreffend die Bayerische Notenbank vom 20. November oder die Verordnung betreffend Beaufsichtigung und Leitung der Volksschulen vom 16. Dezember 1918.

21. Februar 1919 – Ministerpräsident Kurt Eisner wird von Anron Graf Arco auf Valley ermordet

München-Kreuzviertel * Kurt Eisner verlässt an diesem föhnligen Vorfrühlingstag, kurz vor zehn Uhr, seinen Amtssitz im Montgelas-Palais und begibt sich von dort zum Landtagsgebäude an der Prannerstraße. In seiner Aktentasche befindet sich sein bereits unterschriebenes Schreiben vom Rücktritt als Ministerpräsident des Freistaates Bayern. Er will dabei jedoch nicht seinen Rückzug aus der Politik signalisieren. Begleitet wird Eisner von seinem Sekretär Felix Fechenbach und dem Leiter des Ministerpräsidentenbüros, Bruno Merkle. Da Eisner in den vergangenen Tagen und Wochen mehrere Morddrohungen erhalten hatte, gehen zwei bewaffnete Ordonnanzen als Leibwächter voraus. Angesichts der drohenden Gefahr schlagen Eisners Begleiter einen Schleichweg zum Landtag vor. Das lehnt Eisner entschieden ab, denn: „Man kann einen Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen.“ Kurz nachdem die Gruppe um Eisner in die damalige Promenadenstraße eingebogen ist, pirscht



sich Anton Graf von Arco auf Valley an den Ministerpräsidenten heran und schießt ihm aus kürzester Entfernung zweimal in den Hinterkopf. Im Nacken und unter dem rechten Ohr getroffen bricht Kurt Eisner sofort tot zusammen.

23. Februar 1919 – Die lokalen Räte sollen die Pressezensur vornehmen

München - Freistaat Bayern * Der Zentralrat fordert in Telegrammen die lokalen Räte außerhalb Münchens auf, bis auf weiteres die Zensur über die Presse auszuüben. Ausgenommen davon sind nur die sozialistischen und bauernbündlerischen Blätter.

28. Februar 1919 – Der Zentralrat äußert sich zum Eisner-Attentat

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint eine Proklamation, in der der Zentralrat über die Vorkommnisse nach dem Attentat schreibt: „Der Schuss, der Kurt Eisner tötete und mit ihm die Revolution vernichten sollte, [musste] das Signal zur Sicherung und Fortführung von Eisners Werk sein. Die Arbeiterschaft aller Richtungen war geschlossen, die gesamte Garnison Münchens stellte sich ihr zur Seite“.Doch das ist reines Wunschdenken.

1. März 1919 – Überdruckte Briefmarken

München * In den Postämtern kommen Briefmarken des Freistaats Bayern zur Ausgabe. Es sind Marken der letzten Ausgabe mit dem Königsbild, das schwarz mit Volksstaat Bayern überdruckt sind.

9. März 1919 – Reichswehrminister Gustav Noske erlässt einen Schießbefehl

Weimar - Berlin * Reichswehrminister Gustav Noske reagiert umgehend auf den sogenannten „Lichtenberger Gefangenenmord“ und erteilt einen Schießbefehl: „Die zunehmende Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu befehlen: Jede Person, die im Kampf gegen die Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“ Innerhalb von drei bis vier Tagen werden aufgrund des Befehls in Berlin mindestens 177, möglicherweise sogar über 200 Personen liquidiert. Was zunächst nur für die Niederschlagung der Aufständischen der Berliner Märzkämpfe gilt, wird am 25. April schließlich



auch im Freistaat Bayern umgesetzt. An diesem Tag wird das Standrecht eingeführt, das bis zum 1. August 1919 gilt.

10. März 1919 – Der erste Teil von Eisners nichtgehaltener Rede

München - Freistaat Bayern * Das USPD-Organ Neue Zeitung veröffentlicht den ersten Teil der von „Kurt Eisners nichtgehaltener Rede“, die er eigentlich am 21. Februar vor der Nationalversammlung ausführen wollte. Der zweite Teil der Rede wird am 12. März folgen.

11. März 1919 – Hinweise für die Räte

München - Freistaat Bayern * Der Zentralrat gibt ein Schreiben an die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte heraus, in dem diese aufgefordert werden, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Lebensmitteln nur mit Hinzuziehung der Polizeibehörden durchzuführen. Beamtenabsetzungen durch örtliche Räte sind nicht erlaubt. Es müsse erst ein Antrag auf Entlassung an den Zentralrat gerichtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass „Missgriffe der Räte [...] die schlimmsten Feinde des Rätegedankens“ sind.

12. März 1919 – Der zweite Teil von Eisners nichtgehaltener Rede

München - Freistaat Bayern * Das USPD-Organ Neue Zeitung veröffentlicht den zweiten Teil von „Kurt Eisners nichtgehaltener Rede“ vom 21. Februar.

13. März 1919 – Das Verfahren der Wahl zum Reichsrätekongress

München - Freistaat Bayern * Der Zentralrat teilt allen bayerischen Räten mit, wie die insgesamt 28 Delegierten zum nächsten Berliner Reichsrätekongress zusammengesetzt und nach welchem Verfahren sie gewählt werden. bsp;

17. März 1919 – Johannes Hoffmann (SPD) einstimmig zum Ministerpräsidenten gewählt

München-Kreuzviertel * Der Bayerische Landtag tritt unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen zu seiner ersten Sitzung seit dem 21. Februar zusammen. Die Abgeordneten müssen nacheinander



vier Leibesvisitationen und Ausweiskontrollen über sich ergehen lassen. Eine neue Regierung unter dem Vorsitz des Mehrheitssozialdemokraten Johannes Hoffmann wird eingesetzt und mit einem Ermächtigungsgesetz mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet. Johannes Hoffmann wird auf der Basis des noch von Kurt Eisner vorbereiteten Vorläufigen Staatsgrundgesetzes vom 17. März 1919 zum Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern gewählt. Er wird deshalb auch als erster parlamentarischer, also vom Vertrauen des gewählten Landtags getragener Ministerpräsident bezeichnet. Aus diesem Grund ist - bis zum heutigen Tag - in der Bayerischen Staatskanzlei in der Galerie der Ministerpräsidenten kein Bild von Kurt Eisner aufgenommen worden. Der Landtag nimmt das vorläufige Staatsgrundgesetz des Freistaates Bayern an. Darunter das Gesetz über die Aufhebung des bayerischen Adels.

18. März 1919 – Entsetzlich ist der Völkerkrieg, entsetzlicher der Bürgerkrieg

München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann meldet sich mit einer ersten Programmrede zu Wort. Er erklärt, dass die neue Regierung den Freistaat Bayern schützen wird „gegen jede Reaktion von rechts, aber auch verteidigen gegen die drohende Anarchie von links“, denn: „Entsetzlich ist der Völkerkrieg, entsetzlicher ist der Bürgerkrieg. Er muss für Bayern verhindert werden.“ Das ist möglich, wenn die neue Regierung tatkräftig handelt und die Siegermächte Nahrungsmittel sowie Rohstoffe ins Land lassen. Die Völker der Welt müssen sich versöhnen.

3. April 1919 – Die Presse polemisiert gegen die Einberufung des Landtags

München - Freistaat Bayern * Gegen die Einberufung des Landtags polemisiert die Presse lautstark: Die Landtagsabgeordneten hätten sich nicht als würdige Volksvertreter erwiesen und seien nach dem 21. Februar feige aus der Hauptstadt geflohen. Daher können die Münchner guten Gewissens auf ihre Rückkehr verzichten. Die Räte, vor allem die Kommunisten und die Anarchisten unter ihnen, fühlen sich durch Hoffmanns Ankündigung provoziert. Sie antworten mit Demonstrationen und Protestveranstaltungen in ganz Bayern.

3. April 1919 – Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern

München - Berlin * Ministerpräsident Johannes Hoffman fährt mit dem Nachtzug nach Berlin, um Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern einzuholen. Reichskanzler Philipp Scheidemann weist Hoffmann an, in der Rätefrage keine Kompromisse zu



dulden. Falls es die Zustände in München nicht erlauben, solle er den Landtag in eine ruhigere Stadt in Nordbayern verlegen. Reichswehrminister Gustav Noske bietet Hoffmann die militärische Hilfe der Reichswehr an, verlangt aber im Gegenzug den Verzicht Bayerns auf seine militärischen Sonderrechte und die bedingungslose Anerkennung des neuen Reichswehrgesetzes. Johannes Hoffmann lehnt ab. Er will selbst für Ordnung sorgen durch die Gründung einer aus Freiwilligen bestehenden Volkswehr. Der Freistaat Bayern hat zu diesem Zeitpunkt noch die Souveränität und ist damit noch im Besitz der Reservatrechte über das Militär, die Post und die Bahn.

6. April 1919 – Der Zentralrat informiert alle Behörden über die Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Bereits vor der Ausrufung der Räterepublik Bayern informiert Zentralrat alle bayerischen Behörden über die bevorstehenden Maßnahmen telegraphisch und fordert die Beamten zur Mitarbeit auf.

7. April 1919 – Die Räterepublik Bayern wird es lediglich ganze sechs Tage geben

München - Freistaat Bayern * Die Räterepublik Bayern wird es lediglich ganze sechs Tage - bis zum 13. April - geben. Der Schwerpunkt der Rätebewegung findet sich in den Regierungsbezirken Oberbayern und Schwaben. Auch in den größeren niederbayerischen Städten und in der Oberpfalz folgen zahlreiche Städte dem Beispiel Münchens: in Amberg, Burglengenfeld, Landshut, Passau, Regensburg und Straubing, werden Räteregierungen gegründet. Auch in den nordbayerischen Städten Ansbach, Aschaffenburg, Fürth, Hof, Kulmbach, Marktredwitz und Würzburg. Lediglich Bamberg, Erlangen und Nürnberg bildeten in ihrem Stadtgebiet keine Räterepublik. Doch nur an wenigen Orten bestehen die Räterepubliken über den 10. April hinaus.

7. April 1919 – Die Ausrufung der Räterepublik Bayern funktioniert reibungslos

München - Freistaat Bayern * Die Ausrufung der Räterepublik Bayern funktioniert in den Behörden reibungslos; die Besetzung und Übernahme der Zeitungsverlage geht überwiegend friedlich und widerstandslos vonstatten; Polizei und Militär verhalten sich ruhig und bekennen sich zur Räterepublik; KPD und SPD bleiben bei ihrer abwartenden Haltung und stellen sich den Ereignissen nicht entgegen.



7. April 1919 – Der 7. April wird zum Nationalfeiertag erklärt

München - Freistaat Bayern * Der 7. April wird von den Volksbeauftragten zum Nationalfeiertag erklärt.

7. April 1919 – Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten

Nürnberg - München * Mit einer neu gegründeten Propagandaabteilung beginnt der publizistische Kampf gegen die Räteregierung in München. Ein Flugzeug wird angeschafft, das noch am Abend über München und dem Umland der Stadt Flugblätter mit folgendem Inhalt abwirft: „Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten. Sie hat ihren Sitz von München verlegt. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der Gewalt in Bayern und ist allein berechtigt, rechtswirksame Anordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen.“

7. April 1919 – Die Schreibweise

München * Die Räterepublik Baiern wird nun mit „i“ statt mit „y“ geschrieben. Die neuen Machthaber wollen damit verhindern, dass auch in der äußeren Form des Freistaats nichts mehr an die wittelsbachische Monarchie erinnert. Die Schreibweise „Bayern“ ist durch König Ludwig I. am 20. Oktober 1825, nur zwei Tage nach seinem Regierungsantritt, in einer Rechtschreibreform eingeführt worden. Mit dem griechischen „y“ im Landesnamen wollte er seine Verehrung für den griechischen Befreiungskampf ausdrücken. Das USPD-Organ Neue Zeitung hält allerdings an der unveränderten Namensgebung des Landes fest.

8. April 1919 – Bayerische Großstädte schließen sich der Räterepublik an

Freistaat Bayern * Mit Ausnahme von Nürnberg haben sich alle großen bayerischen Städte der Räterepublik angeschlossen.

10. April 1919 – Die Reichsbank stellt die Zahlungsüberweisungen nach Bayern ein

Berlin - Freistaat Bayern * Der Versuch, die Stadt und die Räteregierung über Sanktionsmaßnahmen auszuhungern, nimmt immer konkretere Formen an:



Die Reichsbank hat die Zahlungsüberweisungen nach Bayern eingestellt. Damit wird auch die Belieferung der Banken mit Banknoten unterbunden. Die Sparkasse ist für den Publikumsverkehr geschlossen. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat auf Anweisung der Preußischen Regierung die bei ihr liegenden Depots von 80 Millionen Mark nach Berlin geschickt.

11. April 1919 – Die Freilassung aller Kriegsgefangenen beschlossen

München * Ernst Toller und der Revolutionäre Zentralrat veranlassen die Freilassung aller Kriegsgefangenen. Sie sollen nicht durch erneute Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie können sich ab sofort frei bewegen und dürfen den Freistaat Bayern verlassen.

12. April 1919 – Ministerpräsident Hoffmann setzt auf Rechtsextreme und Völkische

Bamberg - Weimar - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann sieht sich durch das Telegramm des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zum Handeln gezwungen. Er wird die Hilfe von Rechtsextremisten und Völkischen in Anspruch nehmen, in dem er beispielsweise über einen bekannten Augsburger Rechtsanwalt an den Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorf, anfragen lässt, ob dieser für die Regierung tätig sein will. Reichswehrminister Gustav Noske und der Freikorps-Führer Franz Ritter von Epp hoffen auf eine überstürzte militärische Aktion der Regierung Hoffmann. Sie rechnen damit, dass ein Putsch der schwachen bayerischen Verbände fehlschlagen würde. Damit hätten sie die Legitimation für den Einmarsch von Reichswehr und Freikorps in den Freistaat Bayern.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch ist gescheitert

München - Freistaat Bayern * Der Palmsonntag-Putsch ist gescheitert. Zurück bleibt die Erkenntnis, dass der erste militärische Schlag gegen die Räterepublik missglückt ist und die gewählte Regierung Hoffmann eine bittere Niederlage einstecken musste.

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses



Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen

Bamberg * Die Regierung Hoffmann setzt auf das neu eingerichtete Propagandaministerium und die Zusammenarbeit mit bekennenden Rechtsextremisten. Im Regierungsorgan Freistaat werden die Räteanhänger auf die übelste diffamiert und als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ sowie als „Terroristen“ diffamiert. Ernst Toller gibt daraufhin im Auftrag des Zentralrats ein Flugblatt an die Bürger der Räterepublik heraus. In diesem macht er auf die antisemitischen Hintergründe aufmerksam und fordert die Bevölkerung zum Widerstand dagegen auf.

16. April 1919 – Die Regierung Hoffmann ruft zur Befreiung Münchens auf

München * Die Regierung Hoffmann lässt Flugblätter über der Stadt abwerfen. Unter der Überschrift „In München rast der russische Terror“ fordert sie die Bevölkerung des Freistaats Bayern zur Befreiung Münchens mit Waffengewalt auf.



24. April 1919 – Der Personenverkehr auf den Bayerischen Staatsbahnen wird eingestellt

Bamberg * „Der Freistaat“, das amtliche Organ der in Bamberg residierenden Regierung Hoffmann, gibt bekannt: „Wegen Kohlenmangel muss ab heute der Personenverkehr auf den bayerischen Staatseisenbahnen eingestellt werden.“

25. April 1919 – Milde ist Schlappheit, Gutmütigkeit ist Unzuverlässigkeit

Freistaat Bayern * An die Kommandeure der Regierungstruppen und Freikorps wird folgende Anweisung gegeben: „Die Gruppen haben ihre Aufträge mit Gewalt durchzuführen, jedes Verhandeln mit dem Feinde oder mit der Bevölkerung ist verboten. Milde wird als Schlappheit, Gutmütigkeit als Unzuverlässigkeit der Truppen gedeutet“. Außerdem erhalten die Regierungssoldaten Belehrungen über die Verkommenheit ihrer Gegner, mit denen sie es in München zu tun haben werden. Eigens ausgebildete Agitatoren bläuen den Soldaten ein, dass die Spartakisten jeden auf der Stelle umbringen, der einen „Noske-Ausweis“ bei sich trägt. Als „Noske-Ausweis“ bezeichnet man umgangssprachlich die Kärtchen, mit denen sich die Regierungssoldaten ausweisen.

25. April 1919 – Aufruf zum Eintritt in die Freikorps und in die Volkswehr

München - Bamberg - Freistaat Bayern * In Flugblättern der Regierung Hoffmann wird zum Eintritt in die Freikorps und in die Volkswehr aufgerufen.

25. April 1919 – Für das rechtsrheinische Bayern gilt das Standrecht

Bamberg - Freistaat Bayern * Die Regierung Hoffmann beschließt von Bamberg aus für das rechtsrheinische Bayern das Standrecht. Damit haben die Soldaten die Anweisung, jeden zu erschießen, den sie „mit der Waffe in der Hand“ antreffen.

25. April 1919 – Die größte militärische Operation der Nachkriegszeit kommt auf München zu

Freistaat Bayern * 35.000 bayerische, württembergische und norddeutsche Soldaten marschieren in Richtung München. Das ist die größte militärische Operation der Nachkriegszeit.



27. April 1919 – Lenin beglückwünscht den Freistaat Bayern zur Räterepublik

Moskau - München * Der russische Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Lenin gratuliert telegrafisch aus Moskau zur Räterepublik. Das Schreiben erreicht jedoch keinen der beglückwünschten Empfänger.

27. April 1919 – Im Hofbräuhaus eskaliert schließlich der Konflikt

München-Graggenau * Im Festsaal des Hofbräuhauses eskaliert nun der Konflikt zwischen den Befürwortern und Gegnern der Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann. Verhandlungen mit der Bamberger Regierung sind jedoch nicht mehr möglich, da sowohl die Regierung des Freistaats Bayern als auch die Reichsregierung die Bedingungslose Kapitulation und die Auslieferung aller Führer fordern. „Die Verhältnisse in Südbayern haben sich nunmehr durch Verschulden des Münchener Terrors zum direkten Kriegszustand entwickelt. [...] Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft und unterdrückt werden. Verhandlungen, Besprechungen und Abmachungen mit den Volksfeinden, die unser Südbayern ins Unglück gestürzt haben, sind vergeblich“. Durch diese unnachgiebige Haltung sehen die Kommunisten keine andere Wahl, als bis zum bitteren Ende zu kämpfen. Sieg oder Niederlage - dazwischen gibt es für sie keine Alternative.

27. April 1919 – Besatzungs-Befehle des Reichswehrtruppenkommandos

Freistaat Bayern * Auf Befehl des Reichswehrtruppenkommandos sind Generalleutnant Ernst von Oven alle bayerischen und württembergischen Truppen einschließlich des Freiwilligen Bayerischen Schützenkorps unter Oberst Franz Ritter von Epp unterstellt.

28. April 1919 – Die Einschließung Münchens bis zum 30. April befohlen

Freistaat Bayern * Generalleutnant Ernst von Oven befiehlt den Vollzug der Einschließung Münchens bis zum 30. April. Er ordnet an, dass die bayerischen Streitkräfte nicht vorzeitig und vereinzelt losschlagen. Die Befehle für den Zeitpunkt des Einmarsches in München sind eindeutig. Am Freitag, 2. Mai, um 12:00 Uhr, soll gleichzeitig und überraschend in die Landeshauptstadt eingerückt werden und damit dem Gegner möglichst wenig Möglichkeit zur Entfaltung der eigenen Kampfstärke gegeben werden.



28. April 1919 – Die Regierungssoldaten werden indoktriniert

Freistaat Bayern * Die Regierungssoldaten werden in den Tagen vor dem Einmarsch nach München intensiv indoktriniert. Man warnt sie davor, dass ihnen die sofortige Erschießung droht, wenn sie den Spartakisten in die Hände fallen. Gleichzeitig erklärt man ihnen, dass jeder Feind ein minderwertiger Ausländer sei. Unter diesen Umständen stößt der Befehl, jeden zu erschießen, der sich den Regierungstruppen widersetzt, auf breite Zustimmung.

30. April 1919 – 53 russische Kriegsgefangene werden in Pasing festgenommen

Pasing - Lochham * Am Pasinger Bahnhof werden 53 ehemalige russische Kriegsgefangene von Regierungstruppen festgenommen. Die Kriegsgefangenen wurden auf Veranlassung des Revolutionären Zentralrats am 11. April aus der Haft entlassen. Sie konnten sich frei bewegen und durften den Freistaat Bayern verlassen. Aufgrund der Unruhen in ihren Heimatländern war ihnen aber die Rückreise nicht möglich. Deshalb schlossen sie sich, wie viele andere Kriegsgefangene auch, freiwillig den Roten Garden in München an. Nach Kämpfen in Fürstenfeldbruck sind sie - unbewaffnet und aus der Roten Armee entlassen - nach München zurückgekehrt, wo in Pasing die Festnahme erfolgte. Sie werden nach Lochham gebracht.

1. Mai 1919 – Lenin rühmt den Kampf der Genossen im Freistaat Bayern

Moskau * Der russische Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Lenin rühmt auf der Maiparade auch den Kampf der Genossen im Freistaat Bayern. „In allen Ländern haben die Arbeiter den Weg des Kampfes mit dem Imperialismus betreten. Die Arbeiterklasse, die sich befreit hat, feiert ihren Tag nicht nur in Sowjetrußland frei und offen, sondern auch in Sowjetungarn und Sowjetbayern“.

5. Mai 1919 – Die Leitung der Volksschulen wird Lehrerräten übertragen

München - Freistaat Bayern * Die Leitung der Volksschulen wird Lehrerräten übertragen. An größeren Schulen, wo die Schulleitung nicht ehrenamtlich zu besorgen ist, kann die Gemeindeverwaltung auf Vorschlag des Lehrerrats einen Lehrer hauptamtlich mit der Schulleitung beauftragen. Er ist jedoch nicht Vorgesetzter anderer Lehrer.

9. Mai 1919 – Dankschreiben des Ministerpräsidenten an die Weißen Truppen



München * Im Regierungsorgan Freistaat wird ein Dankschreiben des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann [SPD] an Generalleutnant Ernst Friedrich Otto von Oven veröffentlicht. Dem militärisch Verantwortlichen für den hundertfachen Mord und Oberbefehlshaber der Weißen Truppen spricht die bayerische Staatsregierung den „herzlichen Dank“ aus. Wörtlich heißt es: „Für die umsichtige Leitung und Durchführung der zur Befreiung Münchens aus der Hand der Bolschewisten notwendigen militärischen Operationen spreche ich zugleich im Namen des Gesamtministeriums den herzlichen Dank aus. Größte Anerkennung gebührt den aus allen Gauen Deutschlands herbeigeeilten Truppen, die in selbstloser Opferbereitschaft unserm bedrängten Bayernland und dem ganzen Reich den größten Dienst erwiesen.“

12. August 1919 – Der Landtag beschließt in Bamberg die Bayerische Verfassung

Bamberg * Mit 165 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen von der USPD und einer Enthaltung beschließen die Mitglieder des Landtags in Bamberg die in elf Abschnitte und 95 Paragraphen gegliederte neue Bayerische Verfassung. In ihr wird Bayern als Freistaat und Mitglied des Deutschen Reiches bezeichnet. Sie enthält einen Grundrechtekatalog und sieht für alle Personen, die ihren Wohnsitz mindestens ein halbes Jahr in Bayern haben, die bayerische Staatsbürgerschaft vor.

14. August 1919 – Die bayerischen Volksschullehrer werden Staatsbeamte

München - Freistaat Bayern * Mit dem neuen Volksschullehrergesetz werden die bayerischen Volksschullehrer Beamte des Staates. Damit wird eine seit Jahrzehnten von den Lehrern erhobene Forderung erfüllt.

28. August 1919 – Eltern und Lehrern erhalten ein Mitspracherecht

München - Freistaat Bayern * Eine Verordnung über „Schulpflege, Schulleitung und Schulaufsicht für Volksschulen“ wird erlassen. Damit wird erstmals Eltern und Lehrern ein Mitspracherecht eingeräumt.

15. September 1919 – Die demokratische Bayerische Verfassung tritt in Kraft

Freistaat Bayern * Die Verfassung des Freistaats Bayern tritt mit ihrer Veröffentlichung im Gesetz-



und Verordnungsblatt des Freistaats Bayern in Kraft. Sie bildet die Grundlage des bayerischen Staatslebens bis zum Jahr 1933. In Artikel 2 heißt es: Die Staatsgewalt geht von der Gesamtheit des Volkes aus. In Artikel 15 heißt es: Alle Bayern sind gleich. Der bayerische Adel ist aufgehoben. Die Idee der Räterepublik findet trotz der revolutionären Entstehungsgeschichte nur wenig Berücksichtigung. Lediglich die plebiszitären Elemente Volksbegehren und Volksentscheid werden aufgenommen. Der Landtag besitzt die uneingeschränkte Gesetzeshoheit einschließlich der Verfassungsgesetzgebung.

1. April 1920 – Das Deutsche Reich übernimmt die bayerische Bahn und Post

Freistaat Bayern - Deutsches Reich • Das Deutsche Reich übernimmt die bayerische Eisenbahn und die Post. Die geleistete Entschädigung macht nur einen geringen Teil des Anlagewerts aus.

6. Juni 1920 – Dr. Fritz Gerlich kandidiert erfolglos zum Reichstag und zum Landtag

Freistaat Bayern - Deutsches Reich * Dr. Fritz Gerlich kandidiert erfolglos für die Deutsche Demokratische Partei - DDP bei den Wahlen zum Reichstag und zum Bayerischen Landtag.

4. November 1920 – Erzbischof Michael von Faulhaber soll Kardinal werden

München - Vatikan * Führende Politiker der Bayerischen Volkspartei richten ein Schreiben an die Regierung des Freistaats Bayern, in dem sie sich für die Ernennung des Erzbischofs von München und Freising zum Kardinal aussprechen. Ministerpräsident Gustav von Kahr übermittelt das Schreiben nach Rom.

26. September 1923 – Gustav Ritter von Kahr wird zum Generalstaatskommissar ernannt

München * Die bayerische Regierung ernennt Gustav Ritter von Kahr - aus Protest gegen den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung - zum Generalstaatskommissar, auf den die gesamte exekutive [= vollziehende] Gewalt übergeht. Er hat damit diktatorische Vollmachten.

Gustav von Kahr, Otto von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, und der Chef der Landespolizei, Hans Ritter von Seisser, regieren den Freistaat Bayern als Triumvirat und bereiten zusammen mit Rechtsradikalen in Norddeutschland den Staatsstreich in München und Berlin vor.



9. November 1923 – Vorübergehender Rückgang antisemitischer Übergriffe

Freistaat Bayern * Nach dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches gehen die antijüdischen Übergriffe in München zunächst zurück. Die Ereignisse lenken die Aufmerksamkeit auf die politische Radikalisierung im Freistaat Bayern und schaden dessen Ansehen weit über die Landesgrenzen hinaus. Angesichts dieses erheblichen Imageschadens bemühen sich die Behörden vorübergehend um eine stärkere öffentliche Ordnung, wodurch auch die Zahl antisemitischer Ausschreitungen zeitweise abnimmt.

29. März 1924 – Das Bayerische Konkordat - ein Staatsvertrag

München * Durch die Revolution und der damit verbundenen veränderten Staatsform wird dem Staatskirchentum das Fundament entzogen. Deshalb versucht die katholische Kirche seit dem Jahr 1920 vergeblich, einen Staatsvertrag - ein Konkordat - mit den Vertretern der Weimarer Republik zu schließen, mit dem ihre Stellung im Staat fest definiert wird. Nachdem sich dieser Weg so nicht realisieren lässt, beginnt der päpstliche Nuntius in München, Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., gemeinsam mit Kardinal Michael von Faulhaber, mit dem republikanischen Freistaat Bayern ein Konkordat abzuschließen. Das bayerische Konkordat sichert der Kirche nach Außen den Schutz durch den Staat zu und gibt ihr gleichzeitig die völlige Unabhängigkeit nach Innen. Die Ernennung und Abberufung von Professoren an den theologischen Fakultäten der Universitäten und der Religionslehrer an den höheren Schulen obliegen nun allein den Bischöfen, die wiederum nur vom Papst ernannt werden. Der Religionsunterricht wird zum Hauptfach an den Schulen erklärt und die Bekenntnisschule zur Regelschule gemacht. Schulgebet und Schulgottesdienste werden staatsrechtlich abgesichert. Weiter wird festgelegt, dass der Freistaat Bayern feste Beträge an die Kirche abzutreten und bei finanziellen Notlagen die Kirche zu unterstützen hat. Der Steuerzahler finanziert die Gehälter und Wohnungen der Geistlichen, ihre Ruhestandsgelder, Gebäude usw. Die katholische Kirche in Bayern lässt sich ihre Ausgaben zu einem großen Teil vom Staat zahlen, ohne gleichzeitig dessen Kontrolle dulden zu müssen. Dazu wird die Kirchensteuer festgeschrieben. Das „bayerische Konkordat“ hat Vorbildfunktion für weitere Abkommen zwischen Staat und Kirche.

22. Juni 1933 – Ein neuer Vertrag mit dem Scharfrichter Johann Reichhart



München * Der dem NS-Reichsstatthalter Ritter von Epp unterstellte Freistaat Bayern schließt mit dem Scharfrichter Johann Reichhart einen neuen Vertrag. Damit erhöht sich dessen Jahresgehalt auf stattliche 3.000.- RMark (monatlich 250 RM). Er verfügt nun über ein regelmäßiges Einkommen, das dem eines Regierungsrates entspricht.

30. Januar 1934 – Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches

München-Kreuzviertel * Der Freistaat Bayern geht mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches unter. Die Länderparlamente und die Hoheitsrechte der Länder werden aufgehoben.

Die Länderregierungen werden zu Mittelbehörden des Reichs. Die deutschen Länder dürfen keine eigenen diplomatischen Vertretungen mehr unterhalten. Reichsstatthalter Franz Xaver Ritter von Epp untersteht der Dienstaufsicht des Reichsinnenministeriums. Seine Aufgabe besteht hauptsächlich in der schrittweisen Auflösung der politischen Selbstständigkeit Bayerns.

Als Epps Amtssitz wird das ehemalige Gebäude der Preußischen Gesandtschaft ausgewählt, das inzwischen in den Besitz des Deutschen Reichs übergegangen war.

10. Juli 1934 – Kardinal Faulhaber traut den Eisner-Mörder

München-Kreuzviertel * Kardinal Michael von Faulhaber traut den Kurt-Eisner-Mörder Anton Graf von Arco auf Valley mit Gabrielle Gräfin von Arco-Zinneberg in der Dreifaltigkeitskirche. Arco hatte den Gründer des Freistaats Bayern am 21. Februar 1919 hinterrücks ermordet, war zunächst zum Tode verurteilt, aber am nächsten Tag zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt worden. Nach fünf Jahren wurde er aus der Haft entlassen. Anton Graf von Arco auf Valley war durch seine Tat in monarchistischen und konservativen Kreisen hoch angesehen. Deshalb ist es dem Münchner Erzbischof und Kardinal ein persönliches Anliegen, die Trauung durchzuführen.

9. Mai 1945 – Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Dachau

Dachau * Die KZ-Gedenkstätte Dachau wird feierlich eröffnet. Das stellt einen Wendepunkt in der deutschen Erinnerungskultur dar, denn erstmals wird ein ehemaliges Konzentrationslager in der Bundesrepublik dauerhaft als staatlich anerkannte Gedenkstätte eingerichtet. Bis dahin ist das Gelände nur teilweise erhalten, und über seine künftige Nutzung war jahrelang gestritten worden. An der Eröffnungsfeier nehmen teil: ehemalige Häftlinge aus vielen europäischen Ländern, Vertreter der Bundesregierung und des Freistaats Bayern, Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche, internationale Delegationen, zahlreiche Münchner Bürger. Die Feier



steht ganz im Zeichen des Gedenkens an die mehr als 200.000 Häftlinge, die zwischen 1933 und 1945 durch Dachau gegangen sind, sowie der über 40.000 Menschen, die dort oder infolge ihrer Haft starben. Bundespräsident Heinrich Lübke kann nicht persönlich an der Einweihung teilnehmen, übersendet jedoch ein Grußwort.

26. Juni 1946 – Liesl Karlstadt tourt durch 56 bayerische Städte

Freistaat Bayern * Bis 30. September 1946 unternimmt Liesl Karlstadt mit dem Stück „Das schwedische Zündholz“ eine ausgedehnte Tournee durch 56 bayerische Städte.

30. Juni 1946 – In Bayern finden wieder demokratische Wahlen statt

Freistaat Bayern - München-Maxvorstadt * Erstmals nach der Nazi-Diktatur finden in Bayern wieder demokratische Wahlen statt. Die CSU wird mit 109 Abgeordneten stärkste Fraktion. Der Landtag wird in der Aula der Ludwig-Maximilians-Universität tagen.

20. September 1946 – Zustimmung der Verfassungsgebenden Landesversammlung

München - Freistaat Bayern • Die Verfassungsgebende Landesversammlung nimmt den im Verfassungsausschuss entworfenen Text mit den Stimmen von CSU und SPD an.

24. Oktober 1946 – Die Genehmigung für die Bayerische Verfassung wird erteilt

München - Freistaat Bayern * General Lucius D. Clay von der US-Army, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, teilt dem Präsidenten der Landesversammlung mit, dass die Genehmigung für die Verfassung erteilt wird.

1. Dezember 1946 – Die erste Nachkriegswahl zum Bayerischen Landtag

Freistaat Bayern * Bei der ersten Wahl zum Bayerischen Landtag erhält die CSU 104 Sitze, die SPD erringt 54, die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung - WAV 13 und die FDP 9 Sitze. Dadurch kann Ministerpräsident Hans Ehard ein reines CSU-Kabinett leiten.



1. Dezember 1946 – Das Volk stimmt der Bayerischen Verfassung zu

München - Freistaat Bayern * In einer Volksabstimmung wird die unter der Führung des SPD-Politikers Wilhelm Hoegner ausgearbeitete Bayerische Verfassung mit einer Mehrheit von 70,6 Prozent angenommen. Die Verfassung des Freistaates Bayern regelt die Selbstständigkeit des Freistaates als Land der Bundesrepublik Deutschland.

2. Dezember 1946 – Wilhelm Hoegner [SPD] fertigt die Verfassungsurkunde aus

München - Freistaat Bayern * Ministerpräsident Wilhelm Hoegner [SPD] fertigt die Verfassungsurkunde aus.

4. Dezember 1946 – Der Ministerrat beschließt die Bayerische Verfassung

München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Verfassung wird nach der Volksabstimmung und der Ausfertigung der Verfassungsurkunde durch Ministerpräsident Wilhelm Hoegner [SPD] im Ministerrat beschlossen.

8. Dezember 1946 – Die Verfassung des Freistaats Bayern tritt in Kraft

München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Verfassung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft.

21. Dezember 1946 – Hans Ehard wird Ministerpräsident des Freistaats Bayern

München-Lehel * Hans Ehard von der Christlich Sozialen Union - CSU wird zum ersten demokratisch legitimierten Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern der Nachkriegszeit gewählt. Er richtet seine Staatskanzlei in der Prinzregentenstraße 9 ein.

1946 – Die Landesversammlung beschließt die Bayerische Verfassung

München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Verfassung wird von der Landesversammlung mit 136 Stimmen von CSU und SPD, bei 14 Gegenstimmen von KPD, WAV und FDP beschlossen.



Nun kann das bayerische Volk am 1. Dezember über die Verfassung entscheiden.

1. Oktober 1948 – Das Bayerische Rundfunkgesetz tritt in Kraft

Freistaat Bayern * Das Bayerische Rundfunkgesetz tritt in Kraft. Zwei Ziele standen bei den amerikanischen Überlegungen zur Rundfunkpolitik nach amerikanischem Vorbild im Vordergrund: Vermeidung von staatlicher Einflussnahme Dezentralisierung. Als Vermächtnis dieser Politik vereint die ARD heute neun Rundfunkanstalten unter ihrem Dach.

20. Mai 1949 – Der bayerische Landtag und die CSU lehnen das Grundgesetz ab

München - Freistaat Bayern * Nach mehr als vierzehn Stunden heftiger und leidenschaftlicher Diskussion beschließen die Abgeordneten des Bayerischen Landtags die Ablehnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Von den 174 Abgeordneten stimmen 64 mit „Ja“, 101 mit „Nein“, 9 „enthalten“ sich. Die Ablehnung erfolgt aufgrund einer Empfehlung der bayerischen Staatsregierung. Große Teile der regierenden CSU empfinden das Grundgesetz in seiner vorliegenden Fassung als Angriff auf die Eigenständigkeit Bayerns.

26. November 1950 – Die CSU muss eine verheerende Niederlage hinnehmen

Freistaat Bayern * Bei der Landtagswahl am 26. November 1950 muss die CSU eine verheerende Niederlage hinnehmen: Nur 27,4 Prozent der Stimmen entfallen auf die CSU, während die Bayernpartei 17,9 Prozent erhält. Die SPD wird mit 28 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei. Obwohl sie 60.000 Stimmen mehr als die CSU erhält, bleiben die Christsozialen aufgrund von Überhangmandaten trotzdem die stärkste Fraktion. Hans Ehard bildet eine Koalitionsregierung aus CSU, SPD und dem rechts stehenden Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE.

1951 – Das Ruinengrundstück der ehemaligen Klopfer-Villa

München-Maxvorstadt * Das Ruinengrundstück der ehemaligen Klopfer-Villa an der Briener Straße 41 gehört dem Freistaat Bayern.

28. November 1954 – Viererkoalition unter Wilhelm Hoegner (SPD)



Freistaat Bayern * Bei der Landtagswahl Wahl bleibt die CSU zwar stärkste Fraktion. Doch der SPD-Vorsitzende Waldemar von Knoeringen verständigt sich mit dem Bayernpartei-Vorsitzenden Joseph Baumgartner. Nach dem Motto „Es geht auch ohne CSU“ kommen noch die FDP und der BHE dazu, womit die Viererkoalition perfekt ist. Wilhelm Hoegner, SPD, wird Ministerpräsident, Joseph Baumgartner, BP, sein Stellvertreter.

13. Juni 1956 – Forderung nach Wiedererrichtung des Ludwig II.-Denkmals

München-Nymphenburg * Am 70. Todestag von König Ludwig II. bildet sich in Schloss Nymphenburg ein Komitee, das den Freistaat und die Stadt auf den leeren Platz an der Corneliusbrücke hinweisen soll, wo sich bis Mai 1942 das Ludwig-II.-Monument befand und das auf Anordnung des Reichsministeriums des Inneren - als einziges Königsdenkmal Münchens - abgebaut und in Hamburg zur Gewinnung von kriegswichtiger Munition eingeschmolzen worden war.

23. November 1958 – Es bleibt bei der Dreierkoalition aus CSU, GB/BHE und FDP

Freistaat Bayern * Bei der Wahl zum Bayerischen Landtag ist die CSU die eindeutige Wahlgewinnerin. Die CSU kann ihren Stimmenanteil von 38,4 auf 45,6 Prozent erhöhen. Die SPD verbessert ihr Ergebnis um 2,7 Prozent auf 30,8 Prozent. Die Bayernpartei - BP, der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten - GB/BHE sowie die FDP fallen nach zum Teil massiven Verlusten unter die Zehnprozent-Marke. Der Trend zum Zweiparteien-System schält sich schon bei dieser Wahl deutlich heraus. Obwohl die CSU mit 101 Sitzen fast die absolute Mehrheit erreicht hat, bleibt es bei der Dreierkoalition aus CSU, GB/BHE und FDP. Zum Ministerpräsidenten wird Hanns Seidel gewählt. Sein Stellvertreter, Rudolf Eberhard, gehört aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nun auch der Christlich Sozialen Union an.

1961 – Dr. Hermann Schüleln erhält den Bayerischen Verdienstorden

München * Dr. Hermann Schüleln wird mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Mit der hohen Ehrung würdigt der Freistaat Bayern seine herausragenden Leistungen als Unternehmer sowie seine Verdienste um die bayerische Wirtschaft und seine enge Verbundenheit mit seiner Heimat.



25. November 1962 – Absolute Mehrheit für die CSU

Freistaat Bayern * Mit der Wahl vom 25. November 1962 werden endgültig die Weichen für die späteren Regierungsverhältnisse in Bayern gestellt. Seither führen die der CSU angehörenden Bayerischen Ministerpräsidenten - Alfons Goppel, Franz Josef Strauß und Max Streibl - von der Staatskanzlei an der Prinzregentenstraße 9 aus nur noch reine CSU-Kabinette. Mit satten 47,5 Prozent der Stimmen kann die CSU ihren Stimmenanteil erneut um fast zwei Prozent erhöhen. Das Ergebnis reicht für die absolute Mehrheit der Landtags-Mandate aus.

21. Mai 1965 – Die Queen in München

München * Die englische Königin und ihr Ehemann Prinz Philip treffen im Rahmen ihrer Deutschlandreise bei eher kühlem Frühlingswetter in München ein. Ihr Aufenthalt dauert 14 Stunden. Lange genug, um in den Straßen der Landeshauptstadt eine wahre Volksfeststimmung herrschen zu lassen. Hunderttausende säumten die Straßen und bereiteten der freundlich lächelnden und jugendlich wirkenden Queen bei ihrer Fahrt im offenen Wagen frenetische Ovationen. Ministerpräsident Alfons Goppel drückte diese Stimmung mit den Worten aus: „Die Herzen des bayerischen Volkes schlagen Eurer Majestät entgegen!“ Die Bayern widersetzten sich allen von oben erlassenen Anordnungen zum Aufenthalt der Queen und gestalteten den Besuch weitgehend nach ihrem eigenen Willen. Die Staatsregierung reizte mal wieder alle Möglichkeiten aus, um vor der Weltöffentlichkeit ihr ausgeprägtes weiß-blaues Staatsbewusstsein zu zelebrieren und mithilfe von Zeremoniell und Symbolik souveräne Staatlichkeit zu beweisen. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl der Bundespräsident Heinrich Lübke dies der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die königlichen Gäste von der Insel mussten sich alle Strophen der „Bayern-Hymne“ anhören, was Prinz Philip zur Bemerkung hinreißen lässt: „Oh, ein ganzes Konzert.“ Wegen der „Bayern-Hymne“ schlitterte die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Der bayerische Ministerpräsident riskierte wegen seines Trotzes ein Verfahren wegen „separatistischer Machenschaften“. Letztlich stärkte der Queen-Besuch nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Popularität des Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

1966 – Der Bund Naturschutz wildert Biber in Bayern aus

Freistaat Bayern * Der Bund Naturschutz wildert die ersten Biber wieder in Bayern aus.



1. Dezember 1967 – Der erste bayerische Verfassungstag findet statt

München - Freistaat Bayern • Erstmals findet der bayerische Verfassungstag statt. Er erinnert daran, dass sich das bayerische Volk am 1. Dezember 1946 selber eine Verfassung gegeben hat.

1968 – Auf ganze 0,85 Hektar wird Baierwein kultiviert

Freistaat Bayern * Auf ganze 0,85 Hektar wird Baierwein kultiviert.

22. November 1970 – Die CSU erreicht bei der Landtagswahl 56,4 Prozent

Freistaat Bayern * Die CSU erreicht bei der Landtagswahl 56,4 Prozent der Stimmen.

1. Oktober 1973 – Das bayerische Denkmalschutz-Gesetz tritt in Kraft

München * Das Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler des Freistaats Bayern tritt in Kraft. Es bildet die gesetzliche Grundlage für den Denkmalschutz.

27. Oktober 1974 – Die CSU kann sich auf 62,1 Prozent verbessern

Freistaat Bayern * Die CSU kann sich bei der Landtagswahl erneut um 5,7 Prozent steigern und sich so auf phantastische 62,1 Prozent verbessern.

August 1976 – Die CSU wirbt mit dem Slogan: „Freiheit oder Sozialismus“

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * Bei der Bundestagswahl 1976 steht die Parole „Freiheit statt Sozialismus“ bei der CDU im Vordergrund. Die CSU ändert den Slogan in „Freiheit oder Sozialismus“ ab.

1978 – Der Garten der Bürgermeistervilla wird geöffnet



München-Bogenhausen * Der Garten und die schlossartige Neubauvilla in der Ismaninger Straße 95 gehören dem Freistaat Bayern. Dieser macht den Bürgermeistergarten im Jahr 1978 für die Öffentlichkeit zugänglich.

15. Oktober 1978 – Bei der Landtagswahl erhält die CSU 59,1 Prozent

Freistaat Bayern - München * Für die Landtagswahl gibt es mit Franz Josef Strauß einen neuen Kandidaten für das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten. Seine CSU bringt es auf 59,1 Prozent und erreicht damit ihr zweitbestes Ergebnis seit 1946, obwohl die Christsozialen drei Prozent verlieren. Auf Nachfragen der Journalisten reagiert der designierte Ministerpräsident unwirsch mit den Worten: „I mag diese Miesmacherei net“.

1980 – Die Breze ist der Klassiker im Kinderwagen

Freistaat Bayern * Die Breze gehört längst zum bayerischen Alltag – und für viele Familien auch zur Grundausstattung eines Kinderwagens. Sie liegt gut in kleinen Händen, lässt sich leicht knabbern und gilt als der klassische Snack für unterwegs. Aus ernährungswissenschaftlicher Sicht spricht gegen eine Breze für gesunde Kinder grundsätzlich nichts. Allerdings besteht sie überwiegend aus Weißmehl und liefert im Vergleich zu Vollkornprodukten deutlich weniger Ballaststoffe, Vitamine und Mineralstoffe. Als gelegentlicher Snack ist sie unproblematisch, als regelmäßige Grundlage der Ernährung jedoch weniger geeignet.

1981 – Carl Amery: „Es gehört zu den Merkwürdigkeiten Bayerns ...“

München * Carl Amery schreibt die folgenden Zeilen: „Es gehört zu den Merkwürdigkeiten Bayerns, dass der Geburtstag eines Staatsnamens, dessen sich die weißblauen Regierenden bis zum letzten Überdruß bedienen, niemals festlich begangen wurde - und wohl auch nie begangen werden wird“.

1981 – Filmtheater-Prämien für herausragende Programmgestaltung

Freistaat Bayern - München * Der Freistaat Bayern vergibt als erstes Bundesland neben Zuschüssen für Modernisierung eigene Filmtheater-Prämien für herausragende Programmgestaltung.



1982 – Eine hohe Brauereidichte in Bayern

Freistaat Bayern - Europa * Alle Brauereien in Bayern haben einen durchschnittlichen Ausstoß von 29.700 Hektolitern. Das liegt an der hohen Brauereidichte in Bayern.

10. Oktober 1982 – Ergebnis der Landtagswahl 1982

Freistaat Bayern * Bei der Landtagswahl erhält die CSU 58,3, die SPD 31,9 Prozent. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte ist der Bayerische Landtag ein Zweiparteienparlament. Die FDP erhält lediglich 3,5 Prozent. Die Grünen kommen auf 4,6 Prozent und scheiterten damit knapp an der Fünf-Prozent-Klausel.

23. Juli 1985 – Die „Lex Schuierer“ ermöglicht den Selbsteintritt

München-Haidhausen * Mit einer Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes schafft der Freistaat ein sogenanntes Selbsteintrittsrecht. Dadurch kann eine Aufsichtsbehörde Aufgaben einer nachgeordneten Behörde übernehmen. Im Fall der WAA kann die Regierung der Oberpfalz damit anstelle des Landratsamtes Schwandorf handeln und die verweigerten Genehmigungen erteilen. Kritiker bezeichnen die Gesetzesänderung als „Lex Schuierer“. Sie tritt am 1. August 1985 in Kraft.

12. Oktober 1986 – Ergebnis der Landtagswahl 1986

Freistaat Bayern - München * Franz Joseph Strauß wird zum dritten Mal Ministerpräsident und kann mit 128 CSU-Abgeordneten gegen 61 SPD- und 15 Grüne-Abgeordnete regieren. Die SPD büßt 4,4 Prozent ein, die CSU 2,5 Prozent. Die Grünen schaffen mit 7,5 Prozent den Einzug in den Bayerischen Landtag ohne Schwierigkeiten.

1987 – Die Kaulbach-Villa wird vom Freistaat Bayern renoviert

München-Maxvorstadt * Die Kaulbach-Villa wird vom Freistaat Bayern renoviert.

21. Februar 1988 – Ein Gedenkstein für den Freistaat-Gründer



München-Kreuzviertel * Um das sich hinziehende Verfahren zu beschleunigen, greifen die Aktivisten des Vereins „Das andere Bayern“ erneut ein und führen wiederholt eine Kunst-Aktion Kurt Eisner durch. Sie setzen einen eigens gestalteten Gedenkstein in die Mitte des Gehwegs an der Kardinal-Faulhaber-Straße. Wieder an der Ermordungsstelle Kurt Eisner, also am authentischen Ort. Der Gedenkstein wird von der Polizei als Beweismittel beschlagnahmt. Daraufhin schenken ihn die Aktivisten der Landeshauptstadt München. Er befindet sich seither in der städtischen Asservatenkammer.

22. Februar 1989 – Der Streit um die „richtige Inschrift“ am Eisner-Bodendenkmal

München-Graggenau * Bei der Stadtrats-Sitzung stehen zwei Vorschläge für die „richtige Inschrift“ am Bodendenkmal für Kurt Eisner zur Auswahl. Während die Vertreter der verschiedenen Parteien rasch überein kommen, das ursprünglich vorgesehene „erschossen“ durch „ermordet“ zu ersetzen, entwickelt sich um die Verwendung der Begriffe „Freistaat“ und „Volksstaat“ eine scharf geführte Auseinandersetzung. Soll man nun Kurt Eisner als den Begründer des Freistaates Bayern bezeichnen oder gründete er bloß den Volksstaat Bayern? Beide Begriffe wurden im Jahr 1918 gleichzeitig und synonym verwendet und sollten nichts anderes als Republik bedeuten. Aber im Rückblick will man den heute so geschätzten Begriff Freistaat nicht ausgerechnet einem linken Politiker zuschreiben. Dagegen denkt man bei Volksstaat eher an die Sprache des Dritten Reiches und der damaligen DDR. Der SPD-Vorschlag für die Gedenkplatte lautet: „Kurt Eisner. 1867 - 1919. Begründer des Freistaates Bayern und Ministerpräsident wurde am 21. Februar 1919 hier vor seinem Amtssitz ermordet.“ Es soll aber derjenige die Mehrheit erhalten, der das Reizwort Freistaat vermeidet. Der Vorschlag von Bürgermeister Dr. Winfried Zehetmeier [CSU] setzt sich bei der Abstimmung mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und Grüne/ALM gegen die Stimmen der SPD durch. Die Inschrift auf der Gedenktafel - als die „offizielle Wahrheit“ - lautet deshalb: „KURT EISNER, DER AM 8. NOVEMBER 1918 DIE BAYERISCHE REPUBLIK AUSRIEF, NACHMALIGER MINISTERPRÄSIDENT DES VOLKSSTAATES BAYERN, WURDE AN DIESER STELLE AM 21. FEBRUAR 1919 ERMORDET.“

1. April 1989 – Bis zu 14 Tage Unterbindungsgewahrsam

Freistaat Bayern * Eine Novelle des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes tritt in Kraft. Sie verlängert den möglichen richterlich angeordneten Unterbindungsgewahrsam von bislang höchstens zwei auf bis zu 14 Tage. Betroffene können damit festgehalten werden, um erwartete Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu verhindern. Die



Staatsregierung begründet die Verschärfung unter anderem mit den Erfahrungen bei den Auseinandersetzungen um die WAA. Bürgerrechtsorganisationen und Oppositionsparteien kritisieren die Regelung als unverhältnismäßige „Vorbeugehaft“ und bezeichnen sie als „Lex Wackersdorf“.

14. Oktober 1990 – Bei der Landtagswahl erhält die CSU 54,9 Prozent

Freistaat Bayern * Bei der Landtagswahl erhält die CSU 54,9 Prozent.

8. November 1993 – Der CSU-Vorsitzende Theo Waigel drückt sich beim Festakt

München * Der CSU-Vorsitzende Theo Waigel drückt sich am 75. Jahrestag der Revolution und der Freistaatgründung an der Teilnahme eines Festaktes, da er „die Geburtsstunde des demokratisch verfassten Bayern nicht mit der Ausrufung der Räterepublik durch Kurt Eisner in Verbindung zu bringen vermag“. Zur Ausrufung der Räterepublik kam es allerdings erst nach einer verlorenen Wahl und der Ermordung Kurt Eisners durch den rechtsradikalen Anton Graf Arco auf Valley. Unter Eisners Revolutionsregierung gab es lediglich provisorische Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.

16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen



Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...].“

20. Februar 1998 – Im Freistaat Bayern wird die Todesstrafe offiziell abgeschafft

München * Im Freistaat Bayern wird die Todesstrafe abgeschafft. Bis dahin heißt es im Artikel 47 der Bayerischen Verfassung: „Der Vollzug der Todesstrafe bedarf der Bestätigung der Staatsregierung.“ Zum Glück hat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Todesstrafe bereits im Jahr 1949 beseitigt.

21. September 2003 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2003

Freistaat Bayern - München • Nach der Auszählung der Landtagswahl gehören dem Bayerischen Landtag in dieser 15. Legislaturperiode 180 Mitglieder an. Bei der Wahl zum 15. Bayerischen Landtag erhält die CSU mit ihrem amtierenden Ministerpräsidenten Edmund Stoiber 60,7 Prozent [+ 7,8] und 124 Sitze. Die SPD mit ihrem Kandidaten Franz Maier erringt 19,6 Prozent der Stimmen [- 9,1] und 41 Sitze. DIE GRÜNEN kommen auf 7,7 Prozent der Wählerstimmen [+ 2,0] und 15 Sitze. Edmund Stoiber wird erneut Bayerischer Ministerpräsident und kann mit seiner CSU-Alleinregierung mit einer Zweidrittel-Mehrheit regieren.

25. April 2005 – Maximilian Joseph Graf von Montgelas bekommt ein Denkmal

München-Kreuzviertel * Mit den Worten: „Heute erfüllt sich ein lang gehegtes Anliegen: Der Freistaat Bayern ehrt den großen Staatsmann Minister Maximilian Joseph Graf von Montgelas mit der Aufstellung eines Denkmals am Promenadeplatz“, übergibt Finanzminister Kurt Faltlhauser das Denkmal der Öffentlichkeit. Die fast zehn Tonnen schwere und 6,20 Meter hohe Skulptur wurde - nach einem Wettbewerb - von der Berliner Künstlerin und Kunstprofessorin Karin Sander geschaffen. Sie ließ dazu Montgelas-Büsten und Gemälde fotografieren und einscannen. Mit den gesammelten Daten errechnete der Computer ein dreidimensionales Bild. Auf dieser Datenbasis entwickelte die Künstlerin und der Engineering-Dienstleister Bertrandt AG das tragende Stahlgerüst der aus fünfzehn Segmenten bestehenden Aluminiumfigur. Die einzelnen Teile wurden aus viereckigen Rohlingen mit einem Gesamtgewicht von dreißig Tonnen auf Fünf-Achs-Hochgeschwindigkeitsfräsen ausgefräst. Die acht Tonnen schwere Figur wird von einem eineinhalb Tonnen schweren Stahlgerüst getragen. Die Verbindungstechnik im Inneren der



Skulptur wiegt weitere 500 Kilo. Damit das Montgelas-Denkmal richtig wirkt, muss man es aus einiger Entfernung betrachten, erst dann kann man den Dargestellten eindeutig identifizieren. Je näher man der Statue kommt, desto mehr löst sie sich - bedingt durch die Oberflächenstruktur - auf und wird abstrakt. Dieses Abstandhalten zu dieser geschichtsträchtigen Persönlichkeit war ein Anliegen der Künstlerin. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Höhe der Skulptur. Dabei ist sie mit ihren 6,20 Metern exakt genauso hoch wie das daneben stehende Orlando-di-Lasso-Denkmal. Allerdings mit dem Unterschied, dass der Aluminium-Montgelas nicht auf einem Sockel, sondern in der Wiese steht. Und das ist angemessen, da in einer demokratischen Gesellschaft niemand mehr idealisiert dargestellt und auf einem Sockel aufgestellt werden darf und damit für den normalen Bürger unerreichbar wird. Und ein Reformator, der noch dazu mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität steht, kann, wenn schon unbedingt ein persönliches Denkmal Aufstellung finden muss, durchaus angemessen sein. Gleichzeitig mit der Aufstellung des Montgelas-Denkmals wird sang- und klanglos die Gedenktafel für Bayerns ersten demokratischen Ministerpräsidenten, Kurt Eisner, mit der Begründung entfernt, dass ja in angemessenem Abstand und an authentischer Stelle seit dem Jahr 1989 eine Bodenplatte angebracht worden ist. Die Eisner-Gedenkplatte wird im Depot des Münchner Stadtmuseums abgestellt.

25. Juni 2008 – Der Stadtrat will ein neues Kurt-Eisner-Denkmal

München * Aufgrund des bevorstehenden 90. Todestages von Kurt Eisner am 21. Februar 1919 beschließt der Stadtrat die Ausschreibung eines neuen Denkmals für den ersten demokratischen Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern.

28. September 2008 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2008

Freistaat Bayern * Bei der Wahl zum 16. Bayerischen Landtag stürzt die CSU mit ihrem amtierenden Bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein auf 43,4 Prozent [- 17,3] ab und verliert nicht nur 32 Abgeordnetenmandate [jetzt 92], sondern auch die seit 1962 ununterbrochen erreichte absolute Mehrheit der Landtagsmandate. Die SPD mit ihrem Kandidaten Franz Maier erringt 18,6 Prozent der Stimmen [- 1,0] und 39 Sitze das bisher schlechteste Ergebnis seit 1946.

Die FDP bekommt 8,0 Prozent [+ 5,4] und 16 Sitze und kommen nach 14 Jahren Abwesenheit im bayerischen Parlament wieder zurück. Erstmals ziehen die Freien Wähler mit 10,2 Prozent der Stimmen [+ 6,2] und 21 Sitzen in den Bayerischen Landtag ein. DIE GRÜNEN kommen auf 9,4 Prozent der Wählerstimmen [+ 1,7] und 19 Sitze.



Freistaat Bayern - Niederbayern * Das Anbaugebiet des Baierweins ist auf 4 Hektar angewachsen.

30. Mai 2011 – Das neue Kurt-Eisner-Denkmal wird eingeweiht

München-Angerviertel * Auf einem kaum frequentierten Platz am Oberanger, vor der Münchner SPD-Zentrale, wird von der Stadt das von Rotraut Fischer gestaltete neue Denkmal für den ersten demokratischen Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, Kurt Eisner, eingeweiht. Es ist ein Glaskasten mit der Aufschrift „Jedes Menschenleben soll heilig sein“. Das Zitat stammt aus Kurt Eisners Aufruf „An die Bevölkerung Münchens“ vom 8. November 1918, der in den Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlicht worden war.

2012 – 4.220 bayerische Wasserkraftanlagen erzeugen 12.500 Gigawattstunden Strom

Freistaat Bayern * In Bayern erzeugen 4.220 Wasserkraftanlagen 12.500 Gigawattstunden Strom. Damit werden 15 Prozent des bayerischen Stromverbrauchs gedeckt. In 93 Prozent der bayerischen Flüsse sind Anlagen zur Stromgewinnung eingebaut.

2013 – Mehr als 10.000 Megawatt Strom erzeugt Bayerns Photovoltaik

Freistaat Bayern * Mit der Photovoltaik werden in Bayern mehr als 10.000 Megawatt Strom erzeugt. Zum Vergleich: das Kernkraftwerk Isar 2 hat eine Leistung von 1.485 Megawatt.

2013 – Der Bayer trinkt im Jahr immerhin 135 Liter Bier

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * In Deutschland gibt es 1.340 Brauereien. Davon befinden sich 622 in Bayern, alleine 163 in Oberfranken, womit die Region rund um Bayreuth und Hof Nummer eins in Bayern ist. Die bayerischen Brauereien haben 22 Millionen Hektoliter Bier verkauft. 4,4 Millionen Hektoliter sind in den Export gegangen, ein Rekordergebnis. Gerade die Chinesen trinken sehr gerne und immer mehr Bier aus Bayern. Während in ganz Deutschland immer weniger Bier verkauft wird, kann in Bayern der Absatz noch um 0,7 Prozent gesteigert werden. Im Jahr 2013 trinkt jeder Deutsche im Durchschnitt 108 Liter. Der Bayer schafft immerhin 135 Liter. Der unangefochtene europäische Biertrink-Spitzenreiter ist Tschechien, gefolgt von Deutschland und Österreich.



8. Mai 2013 – Gedenkstein für die Trümmerfrauen und der Aufbaugeneration aufgestellt

München-Graggenau * Am Marstallplatz wird ein schulterhoher Gedenkstein für die „Trümmerfrauen und der Aufbaugeneration“ aufgestellt. Das Denkmal ist stark umstritten, weil nach den Recherchen des Stadtarchivs der klassische Trümmerfrauen-Mythos in München nicht zu halten ist. Nachdem die Stadt die Anträge auf Errichtung eines „Trümmerfrauen-Denkmal“ mehrfach abgelehnt hat, wendet sich der der CSU nahestehende Verein „Dank und Gedenken der Aufbaugeneration, insbesondere der Trümmerfrauen e.V.“ an den CSU-geführten Freistaat Bayern, der ein Plätzchen zur Verfügung stellt.

17. Juli 2013 – Die Finanzierung des Bayreuther Festspielhauses steht

Bayreuth * Die Finanzierung des Bayreuther Festspielhauses steht. Für den ersten Bauabschnitt, bei dem es nur um das Festspielhaus - ohne Nebengebäude und Proberäume - geht, werden 30 Millionen Euro benötigt. Der Bund und der Freistaat zählen jeweils 10 Millionen, das letzte Drittel kommt von der Stadt Bayreuth, dem Bezirk Oberfranken und der Gesellschaft der Freunde von Bayreuth. Die Bauarbeiten sollen insgesamt zehn Jahre andauern.

15. September 2013 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2013

Freistaat Bayern - München * Nach der Auszählung der Landtagswahl gehören dem Bayerischen Landtag in dieser 17. Legislaturperiode 180 Mitglieder an. Bei der Wahl zum 17. Bayerischen Landtag erreicht die CSU mit ihrem amtierenden Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer 47,7 Prozent [+ 4,3] und 101 Sitze. Damit erreicht sie wieder die absolute Mehrheit. Die SPD mit ihrem Kandidaten Christian Ude erringt 20,6 Prozent der Stimmen [+ 2,0] und 42 Sitze. Die Freien Wähler erhalten 9,0 Prozent der Stimmen [-1,2] und 19 Sitze. DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der Wählerstimmen [- 0,8] und 18 Sitze. Die FDP fliegt mit 3,3 Prozent (- 4,7 Prozent) aus dem Bayerischen Landtag. Horst Seehofer wird erneut Bayerischer Ministerpräsident und kann mit einer CSU-Alleinregierung arbeiten.

Oktober 2013 – Schlechte Hopfenernte wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse

Freistaat Bayern * Wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse fällt in Bayern die Hopfenernte schlecht aus und liegt mit 22.300 Tonnen 27 Prozent unter dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre (30.500 Tonnen). 53 Prozent der Ernte ist „Bitterhopfen“, 47 Prozent „Aromahopfen“.



Fast 86 Prozent der deutschen Hopfenanbauflächen liegen in Bayern, wovon 97 Prozent oder 14.086 Hektar auf die Hallertau fallen. Es ist damit das weltweit größte geschlossene Hopfenanbaugebiet. Für 100 Liter Bier werden im Durchschnitt etwa 120 Gramm Hopfen benötigt.

31. Dezember 2013 – Bayerns Königsschlösser sind Touristenmagneten

Freistaat Bayern * Bayerns Königsschlösser sind wahre Publikumsmagneten. Ewige Nummer Eins ist Schloss Neuschwanstein mit 1,5 Millionen Besuchern [+ 8,2 Prozent], Schloss Linderhof besichtigen immerhin noch 426.400, Schloss Herrenchiemsee 377.300, Schloss Nymphenburg immerhin noch 273.500 und die Münchner Residenz 264.100 Menschen.

2014 – Brauereien und Bierabsatz

Bundesrepublik Deutschland - Freistaat Bayern * In Deutschland gibt es insgesamt 1.352 Brauereien. Davon befinden sich 616 Braustätten in Bayern. Der Bierabsatz liegt in Deutschland bei 95.620.000 Hektoliter. Auf Bayern entfallen davon 23.131.000 Hektoliter.

21. Februar 2014 – Der Bayerische Landtag will kein Kurt-Eisner-Porträt

München-Graggenau * Die bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm lehnt es ab, ein Porträt des ersten demokratischen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisners im Bayerischen Landtag anzubringen. Der Verein „Das andere Bayern e.V.“ übergibt das Porträt schließlich der SPD-Fraktion.

8. Dezember 2015 – Ein neuer Konzertsaal im Werksviertel

München-Berg am Laim * Die Standort-Entscheidung für einen neuen Konzertsaal ist zugunsten des Werksviertels gefallen. Die Bayerische Staatsregierung beendet damit eine fünfzehn Jahre andauernde Diskussion. Eröffnet werden kann der Konzertsaal voraussichtlich im Jahr 2021 - wenn alles reibungslos läuft! Die Baukosten sollen zwischen 200 und 300 Millionen Euro liegen.

Die Erbpacht für das gut 8.000 Quadratmeter große Areal, auf dem 15.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche entstehen werden, soll jährlich bei 600.000 Euro betragen. Über 50 Jahre gerechnet, bedeutet das 30 Millionen Euro für den Besitzer des Geländes, den Pfanni-Erben



Werner Eckart. Der Bauherr wird der Freistaat Bayern sein. Beahlt wird das Projekt hauptsächlich vom Steuerzahler. Die Alternativstandorte Paketposthalle und Finanzgarten sind damit ausgeschieden. Bei dem einen Objekt wären die Kosten zu hoch geworden, beim anderen befürchtet man eine Klagewelle. Damit hätte sich der Fertigstellungstermin jeweils weit nach hinten geschoben und das Projekt unkalkulierbar gemacht.

24. November 2016 – Der Freistaat Bayern schließt mit Werner Eckart einen Vertrag

München * Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat in nichtöffentlicher Sitzung zugestimmt, dass der Freistaat Bayern mit dem Grundbesitzer Werner Eckart einen unbefristeten Vertrag über jährlich 592.000 Euro für den neuen Konzertsaal abschließt.

21. Februar 2017 – Ein 40-Meter-Transparent für den Kurt-Eisner-Platz

München-Graggenau * Auf dem Marienhof wird vom Verein „Das andere Bayern e.V.“ ein vierzig Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Kurt-Eisner-Platz“ ausgerollt.

21. Februar 2017 – Die Linke will einen Kurt-Eisner-Platz

München * Die Fraktion Die Linke des Münchner Stadtrats bringt einen Antrag zur Umbenennung des Marienhofs in Kurt-Eisner-Platz ein. Darin heißt es: „Der bislang namenlose Platz nördlich des Rathauses wird anlässlich des hundertsten Jahrestages der Proklamation der „freien Volksrepublik Bayern“ durch den ersten Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner zum „Kurt-Eisner-Platz“ gewidmet. Die Landeshauptstadt setzt sich beim Betreiber der S-Bahn München dafür ein, dass auch die geplante Haltestelle für den zweiten S-Bahn-Tiefunnel nach Kurt Eisner benannt wird.“

25. April 2017 – Hat die Bayerische Staatsregierung Frieden mit Kurt Eisner geschlossen?

München * Scheinbar hat nun auch die Bayerische Staatsregierung ihren Frieden mit Kurt Eisner gemacht. In einem Schreiben des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst heißt es: „Die Rolle Kurt Eisners bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges, beim Ende der Monarchie und der Einführung einer demokratischen Verfasstheit in Bayern, beim



Bemühen, den künftigen deutschen republikanischen Bundesstaat föderal auszugestalten und bei der Bereitschaft, auch die (Mit)Verantwortlichkeit des Deutschen Reiches beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Grundlage für eine neue Friedensordnung in Europa anzuerkennen, werden von der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich positiv bewertet. Hinzu kommt die Tatsache, dass Eisner als Intellektueller (vor allem orientiert an Immanuel Kant), mit seinem jüdischen (familiären) Hintergrund und als Pazifist (zumal als Zeitgenosse der Blutbäder des Ersten Weltkrieges) wie durch seine Ermordung als amtierender Bayerischer Ministerpräsident am 21. Februar 1919 zu einer Symbolgestalt für aufgeklärt-demokratische Kräfte gegenüber den chauvinistisch-antisemitischen wurde, in deren späterer Konsequenz auch die Barbarei des NS-Regimes in Bayern und Deutschland steht“. Das Ministerium stellt darin in Aussicht, Kurt Eisner bei den zentralen bayerischen Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 2018 („100 Jahre Freistaat Bayern“) entsprechend zu würdigen. Vielleicht bekommt er dann auch ein Bild in der Bayerischen Staatskanzlei.

18. Mai 2017 – Architekt Stephan Braunfels zieht vors Oberlandesgericht

München - München-Berg am Laim * Der Berliner Architekt Stephan Braunfels gibt nicht auf und will mit einer Klage beim Oberlandesgericht durchsetzen, doch noch am Wettbewerb um den neuen Konzertsaal des Freistaates Bayern im Werksviertel teilnehmen zu dürfen.

23. Mai 2017 – Umbenennung des Marienhofs vom Stadtrat abgelehnt

München * Die Forderung der Stadtratsfraktion Die Linke und des Vereins Das andere München, den Marienhof in Kurt-Eisner-Platz umzubenennen, wird vom Stadtrat der LH München abgelehnt.

24. September 2017 – Die CSU stürzt ab - Riesige Stimmengewinne der AfD

Freistaat Bayern - München * Bei der Wahl zum 19. Bundestag erhält die CSU in Bayern lediglich 38,8 Prozent der Stimmen [- 10,5]. Die SPD kommt gerade einmal auf 20,0 Prozent [- 4,7], die Grünen erhalten 9,8 Prozent [+ 1,2], die Linke erreicht 6,1 Prozent [+ 2,3], die FDP kann 10,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen [+ 5,1]. Auch im Freistaat ist die Alternative für Deutschland - AfD die große Gewinnerin, mit 12,4 Prozent der Stimmen, was einem Plus von 8,1 Prozent entspricht.



6. November 2017 – Die Landtags-SPD fordert einen Feiertag zum Demokratie-Jubiläum

München * Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Markus Rinderspacher, schreibt an Ministerpräsident Horst Seehofer: „Wir sollten das Jahr 2018 nutzen, um an die Heldinnen und Helden der Demokratie in Bayern zu erinnern“, nachdem der Freistaat Bayern sein 100-jähriges Bestehen feiert. Und weiter: „Der 8. November 1918 hat deshalb für den Freistaat Bayern eine Bedeutung, die der des 14. Juli 1789 für Frankreich oder der des 4. Juli 1777 für die USA in nichts nachsteht.“ Er fordert den CSU-Regierungschef auf, sich für den Feiertag im kommenden Jahr einzusetzen.

24. April 2018 – Kruzifixe in allen Dienstgebäuden

München - Freistaat Bayern * Die bayerische Staatsregierung beschließt, dass im Eingangsbereich von Dienstgebäuden künftig Kreuze - als Symbol „unserer bayerischen Identität und Lebensart“ aufgehängt werden sollen.

1. Juni 2018 – Ein Kreuz im Eingangsbereich der bayerischen Dienstgebäude

Freistaat Bayern * In jedem Dienstgebäude des Freistaats Bayern muss ein Kreuz angebracht werden. Das löst Proteste und deutschlandweit eine kontroverse Diskussion aus. Selbst Vertreter der christlichen Kirchen widersprechen dem Beschluss. Auch deshalb, weil Ministerpräsident Markus Söder erklärt: „Das Kreuz ist nicht ein Zeichen einer Religion.“ Im Kreuz spiegle sich vielmehr „unsere bayerische Identität und Lebensart“.

14. Oktober 2018 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2018

Freistaat Bayern - München * Nach der Auszählung der Landtagswahl gehören dem Bayerischen Landtag in dieser 18. Legislaturperiode 205 Mitglieder an. Bei der Wahl zum 18. Bayerischen Landtag erreicht die CSU mit ihrem amtierenden Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder 37,2 Prozent [- 10,5 %] und 85 Sitze [- 16]. Das ist das schlechteste Wahlergebnis der CSU seit 1950. Die GRÜNEN kommen auf 17,6 Prozent der Wählerstimmen [+ 9,0 %] und 38 Parlamentssitze [+ 20], davon 6 Direktmandate. Die Freien Wähler erhalten 11,6 Prozent der Stimmen [+ 2,6] und 27 Mandate [+ 8]. Die AfD bekommt 10,2 Prozent der Wählerstimmen [+ 10,2] und 22 Sitze [+ 22] und zieht erstmals in den Bayerischen Landtag ein. Die SPD erringt 9,7 Prozent der Stimmen [- 11,0] und 22 Landtags-Mandate [- 20]. Das ist das schlechteste



Landtagswahlergebnis der SPD seit 1893. Die FDP erringt 5,1 Prozent der Wählerstimmen [+1,8] und 11 Mandate [+ 11] und kann damit wieder in den Landtag einziehen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 72,3 Prozent, so hoch, wie seit 1982 nicht mehr. Markus Söder wird Bayerischer Ministerpräsident und kann mit einer Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern arbeiten.

7. November 2018 – Staatsakt zum 100. Geburtstag des Freistaats Bayern

München * Ministerpräsident Markus Söder spricht auf einem Staatsakt zum 100. Geburtstag des Freistaats Bayern, ohne dessen Gründer Kurt Eisner und die Ermordung des Sozialisten durch einen Rechtsradikalen mit einem Wort zu erwähnen. Ein Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung bezeichnet Söders Rede „dem Anlass in keiner Weise angemessen“, da er seine Rede in scherzhaft-launigem Stil vortrug, passend eher zum „Jubiläum eines Trachtenvereins“.

6. März 2020 – Erstes Merkblatt zur Corona-Pandemie

Freistaat Bayern • Das bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gibt ein in allen Apotheken aufgelegtes Merkblatt heraus, in dem auf die Gefahren der Corona-Pandemie hingewiesen wird.

9. März 2020 – Größere Versammlungen werden verboten

Freistaat Bayern • Größere Versammlungen werden wegen der heraufziehenden Corona-Pandemie verboten.

10. März 2020 – CSU verbietet alle Parteiversammlungen

München - Freistaat Bayern • Der Generalsekretär der CSU verbietet alle Parteiversammlungen.

15. März 2020 – Kommunalwahl trotz Corona

Freistaat Bayern • Im Freistaat Bayern finden die Kommunalratswahlen trotz der heraufziehenden Corona-Pandemie statt. Da Wahlhelfer reihenweise absagen, werden Lehrer (Beamte) per



Anordnung für diese Tätigkeit zwangsverpflichtet.

26. September 2021 – Ergebnis der Bundestagswahl 2021 in Bayern

Freistaat Bayern * Bei der Wahl im Freistaat Bayern zum 20. Bundestag erhält die CSU als bayerisches Anhängsel der Union erhält im Freistaat immerhin 31,7 Prozent [-7,1]. Das sind allerdings bundesweit lediglich 5,2 Prozent. Unabhängig von den Direktmandaten schrammt die bayerische Splitterpartei knapp am Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde vorbei. Die SPD erringt 18,0 Prozent der Stimmen [+ 2,7]. Bündnis 90/Die Grünen kommen auf 14,1 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 4,3]. Die FDP bekommt 10,5 Prozent [+ 0,4]. Die Alternative für Deutschland - AfD erhält 9,0 Prozent [-3,4]. Die Linke erkämpft ebenfalls 2,8 Prozent der Stimmen [- 3,3]. Bis auf ein Direktmandat im Freistaat Bayern entfallen die anderen 45 auf die CSU. Die Ausnahme ist die 28-jährige Jamila Schäfer, die das Direktmandat in München-Süd gewinnt.

16. April 2024 – Bayern erschwert den Cannabis-Konsum

München - Bayern * Nach der Teil-Legalisierung von Cannabis durch den Bund beschließt die Bayerische Staatsregierung, den Konsum im Freistaat zu verbieten auf Volksfesten, in Biergärten und auf Außengeländen von Gaststätten und Schani-Gärten. Zudem wird ein Konsumverbot festgelegt im Englischen Garten, im Hofgarten, im Finanzgarten in München sowie dem Hofgarten in Bayreuth. Bei weiteren staatlichen Gartenanlagen soll ein Verbot über das Hausrecht verhängt werden. Saufen ja - kiffen nein !